

Sichten auf Umbrüche im Osten

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1994

# SICHTEN AUF UMBRÜCHE IM OSTEN

ROSA-LUXEMBURG-VEREIN GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE

### OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. herausgegeben von Wolfgang Geier, Ernstgert Kalbe und Manfred Neuhaus

Heft 1

ISBN 3-929994-40-2

♥ ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e.V. Rosa-Luxemburg-Str. 19 – 21 D-04103 Leipzig

und

Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Roscherstr. 31 D-04105 Leipzig

Redaktion: Lutz-Dieter Behrendt und Olaf Kirchner

Titelfoto: Barbara Klemm in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 5. Oktober 1991

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Olaf Kirchner und Claudia Reichel Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

## Inhalt

1	Zum Geleit	5
2	Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas	7
3	Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen	27
4	Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichendtypologischem Aspekt	53
5	Zu den Autoren dieses Heftes	69
6	Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	71
7	Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie	75
8	Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie	78

#### Zum Geleit

Die vorliegende Publikation ist das erste Heft einer Reihe, mit der die 1992 gegründete Sektion Osteuropaforschung der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig, die seit Herbst 1994 gemäß einer Kooperationsvereinbarung zugleich als Sektion des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig wirkt, Ergebnisse ihrer Forschungen über Transformationsprozesse in Osteuropa einem größeren Interessentenkreis nahebringen möchte.

Seit Frühjahr 1992 führt die von Ernstgert Kalbe geleitete Sektion monatlich Kolloquia zu aktuellen und historischen Aspekten des Wandels in den Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas durch. In diesem »Leipziger Gesprächskreis Osteuropa« werden von Kulturwissenschaftlern, Historikern, Politikwissenschaftlern, Philosophen, Ökonomen, Literatur- und Sprachwissenschaftlern die Umbrüche in der osteuropäischen Region, ihre Ursachen und Folgen sowie die sich daraus ergebenden Konflikte auf interdisziplinärer Grundlage analysiert und diskutiert.

Die Beiträge dieses Heftes beruhen auf Referaten, die in dieser Kolloquienreihe bzw. auf einer Arbeitstagung der Sektion Osteuropaforschung zum Thema »Nationwerdung und Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Methodologie vergleichender Osteuropaforschung« im April 1994 gehalten worden sind. Wolfgang Geier setzt sich aus der Sicht des Kulturwissenschaftlers mit den unterschiedlichen Auffassungen über die sich in Osteuropa vollziehende Umwälzung auseinander. Der Historiker Lutz-Dieter Behrendt geht den Wurzeln der nationalen Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion nach. Der Beitrag des Slawisten Willi Beitz belegt die Kompliziertheit der geistigen Umbrüche in Osteuropa.

Die Reihe will Einblick in die Vielfalt der Themen wie der methodischen Ansätze vermitteln, die die Arbeit in der Sektion Osteuropaforschung prägt. Das nächste Heft soll die Debatte zu methodologischen Fragen der Transformationsprozesse in Osteuropa (Nationenbildung, außenpolitischer Wandel, Platz der Literatur bei nationaler Identitätssuche) fortsetzen.

Möge der Reihe, die gemeinsam mit dem Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig gestaltet wird, die erhoffte Aufmerksamkeit beschieden sein.

#### **WOLFGANG GEIER**

Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-)Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas

»Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwergt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt.«

Arnulf Baring

#### ANSTELLE EINES VORWORTS

Baring fährt fort: »Jeder sollte nur noch ein himloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar [...] Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nützen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten.«¹

Zwischen 1988/1989 und Ende 1993 sind die Geburtenzahlen im Osten Deutschlands (im Gebiet der früheren DDR) auf ein Drittel des Ausgangswertes gesunken. Die Anzahl der Todesfälle übersteigt zunehmend und demografisch erheblich die Anzahl der Geburten. Die Suizid-Rate steigt in einigen neuen Bundesländern, die der Eheschließungen und darüber hinaus der Familiengründungen sinkt. Die Zahl der als sogenannte Singles lebenden Frauen und Männer wächst ständig. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind im November 1993 über 15% der erwerbsfähigen Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern arbeitslos. Mit einer deutlichen Zunahme wird für 1994 gerechnet: Die Anzahl der Arbeitslosen in ganz Deutschland wird mit über 4 Millionen (11% insgesamt, im Osten also weit über 20%) veranschlagt. Damit wäre hier jeder fünfte bis vierte Erwerbsfä-

<sup>1</sup> Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Berlin 1991. S. 59.

hige arbeitslos. Die aktuellen Angaben wie die Voraussagen täuschen insofern, als in ihnen weitere Gruppen der potentiellen oder realen Arbeitslosen nicht enthalten sind: ABM-Beschäftigte, in Umschulungsmaßnahmen Befindliche, Kurzarbeitende und (Zwangs-)Vorruheständler werden hier nicht erfaßt. Deshalb wird sich die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands im Jahre 1994 zwischen 40 und 50% bewegen; ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens liegt brach und unterliegt natürlich auch einer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Deformation.

Es wird gemeldet, daß sich die durchschnittlichen Familienersparnisse/-guthaben in den neuen Bundesländern auf etwa DM 30.000 belaufen. Das ist bestenfalls oder schlechterdings ein statistischer Wert, mit welchem die gravierenden Unterschiede zwischen Wohlhabenden und Neureichen einerseits sowie Habenichtsen und Neuarmen andererseits tunlichst verrechnet werden. Im Osten sind nicht die Familienersparnisse, sondern die Verschuldungen von Familien und Alleinstehenden gewachsen; und diese Tendenzen halten ebenso an wie die Umstände, daß immer mehr Menschen an oder unter der Armutsgrenze (wenigstens inzwischen über 10%) leben.

Die Angleichung der Einkommen im West-Ost-Verhältnis (insbesondere BAT-West – BAT-Ost) stagniert; die Differenzen werden 1994/1995 sozusagen planmäßig größer werden: Die Angleichung der westdeutschen Löhne und Gehälter an die jeweiligen Inflations-, Teuerungs- und Wachstumsraten ist so im Osten gar nicht vorgesehen; das Preisniveau steigt bereits mit dem Beginn des Jahres 1994 absolut, das Einkommensniveau sinkt bis zum Ende des Jahres absolut. In allen sozialen Zuwendungen sind die Unterschiede zwischen West- und Ost-Deutschland erheblich, und sie nehmen weiter zu. Angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen, sinkender Einkommensniveaus, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Verarmung, weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen usw. sagen führende Wirtschaftswissenschaftler und -politiker aus dem Westen für den Osten Deutschlands Wachstumsraten von – je nach Prognoserisiko – bis zu 8% voraus.

Im Frühjahr 1993 fand in Rom eine internationale Konferenz zum Thema »Dove va la Germania?« (Deutschland, wie weiter?) statt. Thomas Schmid und Hans Magnus Enzensberger sprachen sich dort für eine »Resozialisierung der ostdeutschen Elendschauvinisten« (gemeint sind die von diesem Zustand befallenen ehemaligen DDR-Bürger, die wie Asylbewerber bei der BRD Zuflucht gesucht haben) aus. Ob diese »Resozialisierung« der solchermaßen Beschaffenen überhaupt sinnvoll und machbar wäre, ist angesichts der Diagnose Barings fraglich. Wahrnehmungsschwierigkeiten? Wahrnehmungsschwierigkeiten.

#### DER FALL DER DDR

»Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens; bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.«

Im Winter 1795/1796 verfaßten Goethe und Schiller über fünfhundert satirische Epigramme, die als XENIEN im »Musenalmanach auf das Jahr 1797« veröffentlicht wurden. Über zweihundert Jahre, so schien es, sollten die beiden im Grunde recht behalten. Eine Option auf die geeinte und freie Nationsbildung der Deutschen schien immer unwahrscheinlicher und schließlich auch anachronistisch zu werden. Die Bildung einer neuen Gesellschaft mit demokratischen Rechten und Pflichten ausgestatteter freier Bürger (und also freier Individualitätsentwicklungen) hingegen wurde in einem Teil Deutschlands immer wieder beansprucht und gleichzeitig in Frage gestellt². Zu diesen – teilweise kontroversen oder kontradiktorisch geführten – Meinungsbildungen haben neben vielen anderen beispielsweise in den Jahren 1978 und 1981 Jürgen Habermas und Günter Gaus erheblich beigetragen³.

Nur zwei Jahre, nachdem sich das Erscheinen dieses Distichons zum 200. Mal jährte, um die Jahreswende 1989/1990, schien sich eine neue historische Chance zu eröffnen: die Bildung der Deutschen zu einer Nation freier Menschen in einem geeinten, demokratisch verfaßten Staats- und Gemeinwesen. Manche der westdeutschen intellektuell-politischen opinion leaders mußten ihre Jahre zuvor postulierten Prognosen und Optionen mo-

<sup>2</sup> Siehe Wolf-Dieter Nart/Dietrich Tränhardt (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland – Entstehung, Entwicklung, Struktur. Königstein/Ts. 1979. – Heinz Rausch: Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1980. – Peter Reichel: Politische Kultur in der Bundesrepublik. Opladen 1981. – Wilfried Röhrich: Die Demokratie der Westdeutschen – Geschichte und politisches Klima einer Republik. München 1988. – Wolfgang Ruppert (Hrsg.): Erinnerungsarbeit – Geschichte und demokratische Identität in Deutschland. Opladen 1982. – Kurt Sontheimer: Die verunsicherte Republik – Die Bundesrepublik Deutschland nach 30 Jahren. Wiesbaden 1979. – Klaus Bölling: Die fernen Nachbarn – Erfahrungen in der DDR. Hamburg 1983. – Günter Gaus: Wo Deutschland liegt – Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983. – Gert-Joachim Glaeßner: Die andere deutsche Republik – Gesellschaft und Politik in der DDR. Opladen 1989. – Hermann Rudolph: Die Gesellschaft in der DDR – Eine deutsche Möglichkeit? München 1971.

<sup>3</sup> Siehe Jürgen Habermas (Hrsg.): Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«. 2 Bde. Frankfurt a. M. 1979. – Günter Gaus: Die Elbe – ein deutscher Strom, nicht Deutschlands Grenze. Ein Interview. In: »Die Zeit« Hamburg vom 6. Februar 1981.

difizieren und korrigieren; erneut wurde die nunmehr als möglich erscheinende Auflösung des in jenem Distichon formulierten Widerspruchs in Zweifel gezogen<sup>4</sup>. Das dauert an; inzwischen mischen sich andere in die Diskussion. Sie sprechen jenem Teil der Deutschen, für den weder die Bildung zur Nation noch die Bildung zu freien Menschen möglich erschien, die Fähigkeit, das Vermögen ab, dies nun unter den neuen Gegebenheiten überhaupt tun zu können<sup>5</sup>.

Wie auch immer die Vorgeschichte und der Verlauf des Zusammenbruchs der DDR beschrieben werden mögen, der letzte Akt der Tragödie wurde jedenfalls von einem demokratisch legitimierten Souverän, dem ersten und letzten frei gewählten Parlament dieses Landes vollzogen. Der Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 Grundgesetz erfolgte freiwillig, insofern der Grad der allgemeinen Erschöpfung noch Willensfreiheit zuließ. In der inner- oder zwischen-deutschen, europäischen, weltpolitischen Situation und Konstellation des Jahres 1990 gab es zu diesem Beitritt weder historisch noch politisch oder juristisch eine reale und rationale Alternative. Ob die von dieser Wirklichkeit ausgehende Schrittfolge des Beitritts vor und nach dem Oktober 1990 auch vernünftig war, bleibt vorerst dahingestellt. Im übrigen hat der Verlauf der deutschen Geschichte ohnehin den Annahmen oder Behauptungen deutscher Philosophen, daß das Wirkliche auch vernünftig und das Vernünftige wirklich sei, kaum entsprochen.

<sup>4</sup> Siehe Rudolf Augstein/Günter Grass: Deutschland, einig Vaterland? Göttingen 1990. -Frank Blohm/Wolfgang Herzberg: »Nichts wird mehr so sein, wie es war« - Zur Zukunst der beiden deutschen Republiken. Frankfurt a. M., Leipzig 1990. - Das Deutschland-Buch. Geteilte Ansichten über eine vereinte Nation. Frankfurt a. M. 1990. - Günter Gaus: Deutschland - was sonst? Hamburg 1990. - Martin Gorholt/Norbert W. Kunz (Hrsg.): Deutsche Einheit - Deutsche Linke. Reflexionen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Köln 1990. - Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften. Bd. 7. Frankfurt a. M. 1990. - Wolfgang Herles: Nationalrausch. München 1990. - Robert Hettlage: Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz. München 1990. - Heinrich Jaenecke: Das deutsche Trauma. Die Geschichte einer Teilung - Legende und Wirklichkeit. Hamburg 1989. - Guido Knopp/Eckehard Kuhn: Die deutsche Einheit, Traum und Wirklichkeit, Erlangen, Bonn, Wien 1990. - Helena Sana: Das vierte Reich. Deutschlands später Sieg. Hamburg 1990. - Peter Sloterdijk: Versprechen auf Deutsch - Reden über das eigene Land. Frankfurt a. M. 1990. - Burkhard Wehner: Der lange Abschied vom Sozialismus. Frankfurt a. M. 1990. - Josef von Westphalen: Von deutscher Bulimie. Diagnose einer Freßgier. Vergebliche Streitschrift gegen die deutsche Einheit. München 1990.

<sup>5</sup> So z. B. Hans-Joachim Maaz: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990 oder mittels einer spezifischen psychopathologischen »Grammatik« in den 1992 vom »Spiegel« veröffentlichten Ansichten von Wolf Biermann und Monika Maron sowie in der Fortsetzung dieser Auffassungen durch andere im Jahre 1993 (z. B. Baring).

Es hat jedoch kein Krieg stattgefunden. Demzufolge gab es keine Sieger und Besiegten, die dann, wie 1945 im Osten Deutschlands, dem Sieger gehörten. Auch das Deutungsmuster von Befreiern und Befreiten kann nicht befriedigen; es mag sich für Leitartikel, Wahl- oder Sonntagsreden eignen, für wissenschaftliche Analysen ist es untauglich. An den Ereignissen der Jahre 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands kann man das erkennen. Es handelte sich jedoch auch nicht um Vorgänge, die denen zur »Saarland-Abstimmung« (1935), zur »Besetzung des Rheinlandes« (1936) oder zur »Heimholung der Ostmark ins Reich« (1938) analog waren. Die Casablanca-Formel (unconditional surrender) von 1943 traf nicht zu. In der Präambel des Einigungs- bzw. Beitrittsvertrages ist weder in politischer, moralischer noch juristischer Hinsicht von »Kollektivschuld« die Rede. Auch wird dort nicht von »re-education« (in diesem Falle der Ostdeutschen) gesprochen, vergleichbar jener Prozedur, welche die Westalliierten nach 1945 allen Deutschen angedeihen lassen wollten, dann aber für »ihre« Westdeutschen einstellten. Dennoch gab und gibt es von west-(und inzwischen auch von ost-) deutschen Politikern, Publizisten, Wissenschaftlern usw. verschiedener Provenienz und Couleur bestimmte Äußerungen, die den Anschein erwecken, als ob es sich um ähnliches oder um eine Annexion bzw. Kapitulation gehandelt habe und noch handele. Das geschieht möglicherweise, weil die Betreffenden gegen die Vereinigung waren und sind. Manche hatten und haben vermutlich auch andere Optionen: dort jene auf eine durch das Grundgesetz, die soziale Marktwirtschaft, die D-Mark-Stabilität gesicherte, prosperierende (bisherige) Bundesrepublik; hier iene auf das Experiment eines Dritten-Wegs-Sozialismus in einer alten oder neuen DDR oder einem anderen nebulösen Gebilde mit ungewissem Ausgang. Manche linken Intellektuellen, die zwar irgendeinen Sozialismus als die kommende Gesellschaftsordnung für Westeuropa und -deutschland beschworen, in Wahrheit aber nie wollten, sind nun enttäuscht darüber, daß sie die fernen Zustände, von und vor denen man sicher war, daß sie nie wirklich näherkommen würden, nun nicht mehr loben können. Sie haben die ferne Ikone verloren, die per Distanz anzubeten so folgenlos eindrucksvoll erschien. Mitunter war und ist zu hören, daß die DDR-Bürger mit ihrem Stimmungswandel von »Wir sind das Volk« zu »Wir sind ein Volk« heroische Illusionen westdeutscher und -europäischer Linker zerstört hätten: dies wäre vielleicht ein Spezialthema für eine Fortsetzung der »Dialektik der Aufklärung«.

Anderen wieder ist einfach ihr Feindbild, der Pappkamerad abhanden gekommen, den mit großer Eloquenz aufzubauen und mit großer Vehe-

menz umzuschießen so attraktiv erschien; es fällt ihnen nun schwer, in dem enemy von einst den counterpart von heute und den european co-citizen von morgen zu erkennen.

Über die verfassungs- und staatsrechtlich vollzogene und im wesentlichen bisher begründete und ausgeformte Vereinigung wird kaum (noch) jemand froh. Das zunächst alle und alles übergreifende Gefühl, nun endlich eine reale Chance der deutschen Geschichte be- und ergriffen zu haben, weicht zunehmend einer allgemeinen Enttäuschung und Erbitterung auf der einen, einem Unbehagen und Unverständnis über diese Hinzugekommenen auf der anderen Seite. Nicht wenige im Westen möchten die »alte BRD«, nicht wenige im Osten die »alte« oder eine »neue DDR« (wieder) haben. Eine Ursache für diesen Stimmungswandel liegt möglicherweise in der falschen Schrittfolge der Vereinigung, in einer nicht hergestellten Interdependenz zwischen Rationalität und Realität.

Der entscheidende Vorzug der Bundesrepublik Deutschland vor anderen westlichen Demokratien war und ist seit ihrer Entstehungsphase 1948/1949 nicht lediglich die sich im übrigen erst viel später entwickelnde soziale Marktwirtschaft und nicht die Stabilität der Deutschen Mark an sich. Er bestand und besteht vielmehr in jener durch das Grundgesetz (wohl die beste aller zur Zeit in Kraft befindlichen Verfassungen) begründeten und gewährleisteten freiheitlich-demokratischen Grund- und insbesondere Rechtsordnung. Hier lagen und liegen bekanntlich die größten Defizite der deutschen Geschichte. Erst mittels dieser im Geiste der Rationalität, Humanität und Demokratie geschaffenen Verfassung konnten die Idee und die Realität der sozialen Marktwirtschaft entwickelt und in ihrem Ergebnis die Stabilität und Effizienz der Währung gewonnen werden.

Die Konstrukteure der Vereinigung, des Beitritts, gingen diesen Weg nicht. Sie ließen ihre eigenen (westdeutschen) Erfahrungen merkwürdigerweise ebenso beiseite wie Erwägungen über notwendige und mögliche Verbindungen von Rationalität und Realitätssinn in Gestalt sinnvoller und zweckmäßiger Handlungen. Zuerst wurde die neue Währung von heute auf morgen eingeführt (»gebt ihnen die D-Mark, dann sind sie zufrieden«), dann kam die Marktwirtschaft, jedoch nicht in ihrer sozialen Verfassung und Wirkung, sondern sich in einer bis heute austobenden und anachronistischen Variante, und erst danach kam die territoriale, juristisch-administrative Einbindung in das andere Verfassungssystem. Die Einbeziehung der neuen Bundesbürger in die Anwendung des Grundrechtskatalogs der Verfassung hat erst begonnen.

Nicht in der Vereinigung als solcher, zu der es, wie gesagt, keine Alternative gab, sondern in der Schrittfolge zu ihr und seither liegen die Konstruktionsfehler, entstehen Konfliktpotentiale und Reibungsverluste. In diesem Zusammenhang sollen zwei Grundprobleme erörtert werden, deren Begreifen weiterhin durch Unschärfen in westdeutschen Sichtweisen (um dies einmal sehr zurückhaltend auszudrücken) auf sie erschwert werden: Es geht um die Fragen nach der DDR-Identität und die Erfahrungen der DDR-Bürger mit Verfassungswirklichkeiten sowie mit demokratischen Institutionen. Diese beiden Grundprobleme stehen sozusagen im Zentrum der überhaupt erst noch anzustellenden Analysen der Bewußtseinslagen und Bewußtseinswandlungen von DDR-Bürgern in den vier Jahrzehnten des Bestehens dieses Landes<sup>6</sup>.

Vergleiche zu ähnlichen Problemlagen in anderen ehemals »realsozialistischen« Ländern Ost- und Südosteuropas sind ebenfalls dringend erforderlich und werden bereits begonnen?

Vierzig Jahre DDR-deutscher »Realsozialismus« bewirkten und hinterließen tiefgreifende Prägungen in der sozialen Psyche, der politischen
Mentalität, in den sozialen und kulturellen Identitätsbildungen jener, die in
diesen vier Jahrzehnten hier geboren wurden und aufwuchsen, lernten, arbeiteten und lebten. Dieser Zeitraum umfaßt drei, wenn man alle Altersgruppen vor ihren jeweiligen Lebenshorizonten einschließt, vier bis fünf
Generationen und den für diese Gesellschaft spezifischen Generationenvertrag zwischen ihnen. Diesen außerordentlich komplexen Themenkreis hat
die sozialwissenschaftliche Forschung bisher kaum thematisiert, geschweige denn analysiert. Über zwei Drittel der in der DDR im Jahre 1989 lebenden Bevölkerung sind nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, ein Drittel
nach 1961, dem Jahr des Mauerbaus. Die Lebenswelt dieser Menschen
wurde also überwiegend oder fast vollkommen von dem nach 1949 hier
entstandenen politischen System und den von ihnen beherrschten gesell-

<sup>6</sup> Dazu liegen bisher nur wenige differenzierte und subtile Veröffentlichungen vor. Auf diese soll verwiesen werden: Harald Steffahn: Deutschland. Von Bismarck bis heute. Stuttgart 1990. – Christian Graf von Krockow: Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890-1990. Reinbek bei Hamburg 1990.

<sup>7</sup> In den Heften 1(1992)4, 2(1993)1-4 der Zeitschrift »Kultursoziologie«, Leipzig, ist diese Thematik auf der Grundlage entsprechender Forschungsergebnisse bereits ausführlich erörtert worden. Diese Diskussion wird fortgesetzt. Außerdem veranstaltete die Gesellschaft für Kultursoziologie Leipzig e. V. zu diesem Themenkreis ein gemeinsames Kolloquium mit der Gesellschaft für Kulturpsychologie, Salzburg, (November 1992) und beteiligte sich an einer Tagung vergleichbarer Thematik der Arbeitsgruppe Ost-/Südosteuropa-Soziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (September 1993).

schaftlichen Verhältnissen geprägt. Für die älteren Jahrgänge ist zu bedenken, daß die vor 1945 liegenden Lebensabschnitte unter dem Zeichen des Nationalsozialismus in Deutschland und dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges standen.

Die genannten Prägungen gingen ideologisch und politisch vom Weltanschauungsmonopol und Herrschaftsanspruch der Partei und der von ihr
dominierten Staatsmacht und -gewalt, ökonomisch von den Notwendigkeiten der sozialen Existenzsicherung im Rahmen der geplanten Minimalwirtschaft, vom Regime der Knappheit aus. Diese und die kulturellen
Einwirkungen standen lange unter dem Vorzeichen des Klassenkampfes
zwischen Sozialismus und Imperialismus, des sogenannten Kalten Krieges
(und der fortwährenden Beschwörung der Aggressivität des imperialistischen Klassenfeindes), und sie wurden durch ein merkwürdiges Selbstbewußtsein gebrochen und verstärkt, »immer noch besser dran zu sein als die
anderen«, womit das eigentliche Verhältnis zu den sozialistischen Klassenbrüdern (-schwestern waren in dieser Terminologie nicht vorgesehen) im
Osten Europas gemeint war. Hinter und über allem standen »die Freunde«
(also die »Sowjets«), gewissermaßen der »ganz große Bruder«.

Die Wirkungen des westdeutschen Fernsehens und Rundfunks sowie gelegentlicher Familienkontakte zwischen Ost und West waren geringer und problematischer als angenommen oder behauptet wurde. Sie erzeugten vielfach das zwiespältige Bild einer zum Teil begehrenswerten, attraktiven und faszinierenden, zum Teil aber auch fremden, unverständlichen, im gewissen unheimlichen Gegenwelt. Eine wirkliche Alternative zum Leben in der DDR ergab sich aus der Existenz der Bundesrepublik nur für wenige, jedenfalls nach 1961. Die Zahl jener, die auf die verschiedenste Weise versuchten, das Land zu verlassen, nahm erst Mitte der achtziger Jahre einen Umfang an, der als zuverlässiger Indikator für die sich aufbauende irreversible Enttäuschung und Verbitterung, für die nun kumulierende innere Abwendung von der Herrschaft der Partei und die Bereitschaft, dies auch nach außen zu demonstrieren, angesehen werden kann.

Die sozialen und politischen Mentalitäten, das politische Verhalten von weit über 90% der DDR-Bürger schlechthin als opportunistisch, mitläuferisch oder ähnlich zu bezeichnen, zeugt von wenig Einsicht in die inneren Verhältnisse dieses Landes. Eine solche Auffassung ist sozialwissenschaftlich unbrauchbar. Wie die Ergebnisse der weiter vorn erwähnten Studien zeigen, reichen die Varianten politischen Verhaltens vielmehr von einem überzeugten, bewußten, gewollten (teilweise auch geradezu gläubigen) Engagement für »den« Sozialismus, »die« Partei, »die« Arbeiterklasse, »den«

Staat usw. über vielfältige Formen des utilitaristischen, pragmatischen und natürlich auch opportunistischen Arrangements mit der Parteiherrschaft und Staatsmacht bis zu ausgesprochenen Distanzierungen von ihnen, entschiedenen Haltungen und Handlungen gegen sie. Dazwischen liegen jedoch viele, in den Biografien und vor den Zeitläufen häufig oder ständig changierende Schattierungen. Kaum eine Biografie, weder die des überzeugten Genossen noch die des entschiedenen Regimegegners, ist frei von Schatten, Brüchen, Wendungen - (ver)birgt ihr »Damaskus-Erlebnis« in mehrerlei Richtung und Gestalt. Ein beträchtlicher Teil der Jahrgänge, Kohorten, Generationen der inzwischen auch so apostrophierten »gelernten DDR-Bürger« hat im Verlaufe und unter dem permanenten Ein-Druck der insbesondere ideologischen und politischen Sozialisationsvorgänge verschiedenste Inhalte und Formen von Identifikations- und Identitätsbildungen erfahren, erworben und verinnerlicht. Eine besondere Ein- und Ausprägung erfuhren, wie schon früher in der Geschichte der deutschen Gesellschaft (und in verhängnisvollster Weise im nationalsozialistischen Deutschland), die sogenannten Sekundärtugenden. Als dominante Sozialisationsvorgaben und -muster sind sie geeignet, Gehorsam zu erzeugen und durchzusetzen, selbständiges Denken und Handeln zu limitieren und zu reglementieren, Individualität zu manipulieren und zu demontieren. Letzten Endes hatte »die Partei immer recht«; der antifaschistische, humanistische, sozialistische Charakter der »Arbeiter-und-Bauern-Macht« stand außer jeder Frage. So entstand über Jahrzehnte in Generationen eine DDR-Mentalität und -Identität, die man zunächst zur Kenntnis nehmen muß, wenn man sie beispielsweise zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen machen will. Sie jedoch, wie gegenwärtig sichtbar, einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen oder als Fiktion, als psychosoziale, ideologische usw. Deformation schlechthin abzutun, zeugt von wenig Einsicht in die reale Situation des Phänomens DDR. Es ist eine Haltung, die mindestens töricht ist. Ebenso töricht ist es, diese komplizierten und in ihren Folgen dramatischen Sozialisationsvorgänge und Identitätsbildungen, bisher kaum phänomenologisch hinreichend beschrieben, analytisch und substantiell kaum erfaßt, als »Pseudo«- oder »Nicht«-Identitäten zu denunzieren. Dies würde folglich bedeuten, die leibhaftigen Träger solcher Bewußtseinsinhalte a priori zu ebensolchen -individuen erklären zu müssen. Wissenschaftliche Diskussionen mit einem solchen Ausgangspunkt würden ins Absurde führen. Wie sich zeigt, kann man jedoch solche Auffassungen ȟber« die Mentalitäten der ehemaligen Bürger (und hier ist von ihrer Mehrheit die Rede) publizistisch oder staatlich-administrativ exekutieren. Über Umfang, Ausmaß und Wirkungen der gegen die SED-Herrschaft gerichteten Gruppenbildungen gibt es höchst widersprüchliche Darstellungen. Die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen im Herbst 1989 geben keine zuverlässigen Aufschlüsse über das tatsächliche Dissidenz- und Oppositionspotential in den siebziger und achtziger Jahren; ihre post-eventum-Interpretationen durch west- und ostdeutsche Wissenschaftler, Publizisten und Politiker enthalten manche Unschärfen, trüben den Blick zurück und verschieben die Proportionen<sup>8</sup>.

Es ist immerhin auch bemerkenswert, daß sich nach dem Fall der SED-Herrschaft nicht jene Oppositionsgruppe innerhalb der Partei zu Wort meldete, deren Manifest 1978 veröffentlicht worden war? Diese wenigen Anmerkungen sollen darauf hinweisen, daß alle um das Thema »DDR-Identität« zu gruppierenden Sachverhalte und Erscheinungen überhaupt erst noch umfangreicher und gründlicher sozialwissenschaftlicher Untersuchungen bedürfen. Dabei sind Unschärfen in den Sichtweisen und Vorurteile ebenso zu vermeiden wie Legendenbildungen, nachträgliche Apotheosen oder Denunziationen.

<sup>8</sup> Inzwischen ist eine umfangreiche Demonstrationsliteratur entstanden: Berichte von Augenzeugen (mitunter auch nur von Schlachtenbummlern aus Westeuropa und Übersee), Darstellungen von den Anspruch sozialwissenschaftlicher Analysen erhebenden Untersuchungen (z. B. ad-hoc-Umfragen während der Demonstrationszüge), deren methodisches und interpretatives Vorgehen zumindest Fragen aufwirft, revolutions-, modernisierungs- usw. -theoretische Bemühungen um die Deutung der Vorgänge. Es fällt auf, daß in den meisten dieser Darstellungen die Vorgeschichte der Ereignisse insofern kaum oder gar nicht einbezogen wird, als die Bewußtseinslage der nun auf die Straße gehenden DDR-Bürger als eine Art tabula rasa behandelt wird; es wird der Anschein erweckt, als ob hier gewissermaßen »bewußt(seins)lose« Wesen durch den Eindruck der Ereignisse »zum Bewußtsein« kommen, und es wird ignoriert, daß die gleichen Menschen über Jahre und Jahrzehnte ihrer Sozialisation im »real existierenden Sozialismus« (den ja auch viele dieser Interpretatoren in West und Ost als solchen anerkannten) bestimmte Identifikations- und Identitätsbildungen in höchst unterschiedlichem Maße angenommen und verinnerlicht hatten, also durchaus nicht »bewußt(seins)los« waren.

<sup>9</sup> Siehe Das Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR. In: »Der Spiegel«. Hamburg 1978. Hefte 1 und 2. Die SED-Führung bezeichnete dieses Manifest damals als Machwerk westlicher Nachrichtendienste; auch in der Bundesrepublik und anderswo entstanden wegen des z. T. verworrenen, dubiosen und utopischen Gehalts dieses Papiers Zweifel an seiner Authentizität. Die Verfasser, wer sie auch gewesen sein mögen, haben sich jedensfalls bis 1994 nicht wieder zu Wort gemeldet. Das ist bemerkenswert. Erst Ende Juli 1994 bekannte sich Heinz Niemann als Angehöriger der »Manifest«-Gruppe. Siehe Heinz F. Niemann: Zu einem vergessenen Erbteil der SED-Nachfolgepartei: Was wollten die Autoren des »Spiegel-Manifests« 1977/78? ... In: »Neues Deutschland« vom 27. Juli 1994. Fragen bleiben aber weiterhin offen.

Was hier zunächst übrigbleibt, ist eine ziemlich einfache (man könnte auch sagen: banale und triviale) und nüchterne (und wohl für manche auch ernüchternde) Feststellung: In den vier Jahrzehnten der Existenz der DDR hat sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung nicht gegen das SED-Regime gestellt. Das ist ein Grundsachverhalt, der zur Kenntnis genommen werden muß, wenn man sich analytisch dem Phänomen »DDR-Bewußtsein« nähern will, und dessen gewissermaßen elementare Faktizität sich nicht für ideologisierende Instrumentalisierungen oder moralisierende Kategorisierungen eignet. Sicher war es eine Minderheit (und diese ist auch nicht identisch mit den etwa drei Millionen SED-Mitgliedern), die sich in der vorn beschriebenen Weise mit dem politischen System identifizierte und für es engagierte, und es war eine Mehrheit, die sich mit ihm, wie und aus welchen Gründen auch immer, arrangierte. Mit beiden Grundhaltungen waren bestimmte, spezifische und differenzierte Inhalte und Formen von Identifikations- und Identitätsbildungen verbunden. Die sich tatsächlich distanzierende und opponierende andere Minderheit kann nicht als der Teil für das Ganze genommen werden: weder zur nachträglichen Herstellung von Entlastungen noch zu der von Anklagen. Geschichtliche Tatsachen und Abläufe kann man retrospektiv nicht »korrigieren«, für diese oder jene Absichten oder Zwecke »uminterpretieren«. Man kann sie ebensowenig »verdrängen« oder »bewältigen«, jedoch versuchen, sie begreifend verstehen zu lernen.

#### ZUSAMMENBRÜCHE - UMBRÜCHE - REVOLUTIONEN?

»Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt?«

Maximilien de Robespierre: Bericht an den Konvent Ȇber die Grundsätze der Revolutionsregierung« 23. Dezember 1793 »Das war eine Revolution, aber keine richtige Revolution. «
Wolfgang Mommsen.
Deutschlandfunkinterview,
26. September 1992

Seit dem Beginn der Zusammenbrüche im Osten Deutschlands, in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa wird die Frage kontrovers und diffus diskutiert, ob es sich hier um Revolutionen gehandelt habe und handele oder nicht. Was ist eine »richtige Revolution« am Ende des 20. Jahrhunderts, bezogen auf die englische »glorious« (in der zweiten Hälfte des 17.), die amerikanische und französische »große« (gegen Ende des 18.), die euro-

päischen (im 19. Jahrhundert), die russische (am Beginn des 20. Jahrhunderts) Revolution(en)<sup>10</sup>?

Sind Rekurse auf diese historischen Vorgänge und Modelle heutzutage anachronistisch, bedarf es anderer Erklärungsansätze für die Zusammenund Umbrüche, welche wohl eine Epochenwende darstellen? In welchem Verhältnis stehen hier Revolution und Reform, Zusammen-/Umbruch und Wandel, »Explosion« und »Implosion«?

Die gegenwärtigen Antworten auf Fragen nach dem Charakter der Revolutionen sind mit verschiedenen Epitheta versehen. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß in Rußland, den baltischen Ländern, Rumänien oder Bulgarien die Zusammenbrüche der bisherigen politischen Systeme und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche durchaus nicht generell als »Revolutionen« verstanden und bezeichnet werden. Dies geschieht vorzugsweise im deutschen Sprachraum, von ihm ausgehenden Meinungsbildungen beispielsweise von Historikern, Politologen, Sozialwissenschaftlern, Publizisten usw. beziehungsweise in Westeuropa. Die Umwälzungen in Ost-, Ostmittel-, Südosteuropa werden so als »nachholende« (Habermas u. a.), die in der DDR als »friedliche, gewaltlose« (Wende-Literatur) oder als »spontane« (Opp), in der CSFR als »sanfte« (Havel, Hozský), es erscheint sogar das poetische Epitheton »samtene«, in Ungarn auf ähnliche Weise, in Bulgarien zum Teil nicht als Revolution, sondern als postsozialistische, -kommunistische, -stalinistische »Transformation« (Shelew, Ganew) bezeichnet. Für Rumänien konstatieren Gabanyi eine »unvollendete«, Enache und Rados eine »verratene« Revolution<sup>11</sup>.

Der Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« ist evident. Fraglich ist aber schon, welcher Art dieser Vorgang war, was beziehungsweise wer ihn bewirkt hat. Die Schwierigkeiten liegen in der historischen Beispiellosigkeit dieser Umbrüche sowie darin, daß sie (noch) keine neuen Führungsgruppen, sozialen Trägerschichten, Konzepte für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung dieser Gesellschaften hervorgebracht haben.

<sup>10</sup> Für die vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte (-forschung) sind aufschlußreich: Revolutionen der Neuzeit 1500-1917. Hrsg. von Manfred Kossok. Berlin 1982. – Edward Acton: Russia – The Present and the Past. London, New York 1986. – Außerdem wird auf Kultursoziologie. Leipzig 2(1993)1 und 3(1994)1 verwiesen.

<sup>11</sup> Siehe Anneli Ute Gabanyi: Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie. München 1990. – Antonia Rados: Die Verschwörung der Securitate. Rumäniens verratene Revolution. Hamburg 1990. – Wolfgang Geier: Rumänien. Als die Hoffnung verbraucht war, regierte der Terror. In: »Die andere Zeitung« (1990)1 Leipzig.

Schwierigkeiten entstehen auch dadurch, daß scheinbar oder tatsächlich konträre Sichtweisen einander behauptend entgegengestellt (entweder durch ihre Verkünder oder durch ihre Verbreiter) und damit weiterführende Diskussionen eher verhindert als gefördert werden, etwa hinsichtlich jener, in denen einerseits vom »Wiedererwachen«<sup>12</sup>, andererseits vom »Ende der Geschichte«<sup>13</sup> die Rede ist.

Beide sind jedoch nicht Grenztheoreme im Diskurs über ein konsistentes Feld. Es sind sehr verschieden entstandene und gerichtete Meinungen einmal des Soziologen, der versucht, geschichtliche Vorgänge in Osteuropa als Überwindung eines Erstarrungs- und Chance oder Beginn eines neuen Weltzustandes zu deuten; zum anderen Bemühungen des historisch und philosophisch ambitionierten Politik-Managers, dessen Ausgangspunkte (die Deutung der Hegelschen These von 1806 über das »Ende der Geschichte«) zumindest fragwürdig, wenn nicht Irrtümer sind. Das betrifft auch eine mehr »äußerliche« Beschreibung von Umbrüchen als »revolutionäre«. Außerdem sind mit diffusen oder inflationären Verwendungen von »Revolutions«-Begriffen mitunter Mythenbildungen verbunden<sup>14</sup>. Dieses Phänomen ist so alt wie die nicht-naturwissenschaftliche Verwendung des Begriffs<sup>15</sup>.

<sup>12</sup> Siehe Pierre Bourdieu: Im Osten erwacht die Geschichte. Die Revolution und die Befreiung der Worte. In: Frank Schirrmacher: Im Osten erwacht die Geschichte. Stuttgart 1990 (siehe auch: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 6. Dezember 1989). – In diesem Zusammenhang wird auf die interessante Studie von Anton Sterbling: Zum »Wiedererwachen der Geschichte«. In: Wandel oder Epochenbruch; Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr. Hamburg (1992)5, verwiesen.

<sup>13</sup> Siehe Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992. Der bereits im Sommer 1989 erschienene Aussatz "The End of History" löste eine kontroverse Diskussion aus (siehe auch Europäische Rundschau (1989)4 und (1990)1. Wien. Inzwischen hat Fukuyama in Anlehnung an Kojève im Herbst 1991 seine Ansichten über die »westliche liberale Demokratie als finaler Regierungsform« in einem Aussatz »Die Epoche des Nationalismus« weitergeführt (siehe dazu Günter Rohrmoser: Der Zusammenbruch des Sozialismus, das Ende der Geschichte und Kojèves Thesen. In: Criticon, November/Dezember 1991). Fukuyama äußert hier, daß die nationalistischen Konstlikte der Gegenwart nicht dem Liberalismus als solchem, sondern dem Umstand entspringen, daß der jeweilige »Liberalismus unvollständig ist«.

<sup>14</sup> Siehe Karl-Heinz Bender: Revolutionen. Die Entstehung des politischen Revolutionsbegriffs in Frankreich zwischen Mittelalter und Aufklärung. München 1977.

<sup>15</sup> In den Naturwissenschaften erscheint der Begriff erstinalig (in der Neuzeit) bei Kopernikus: De revolutionibus orbim coelestium. 1543. – Genau hundert Jahre später wird er zum ersten Mal in einer historischen Untersuchung von Grenaille: Portugiesischer Merkur oder Politische Ereignisse der berühmten Revolution des Staates in Portugal seit dem Tod des Königs Sebastian bis zur Krönung des derzeitigen Königs Johann IV., 1643, verwendet.

Schließlich hat sich bei diesem Thema der Übergang von traditionellen Geschichtsschreibungen, die weitgehend von Ideologien behertscht oder auf sie ausgerichtet waren, zu modernen, die ihren Rückhalt in genaueren theoretischen Begriffsbildungen und methodologischen Ansätzen suchen, erheblich verzögert, nicht nur durch die Wirkungen des historischen Materialismus. Die Zahl der Arbeiten, die sich mit den verschiedenen Revolutionen (Charakter, Typus usw.) befassen, ist enorm gestiegen; die Überprüfung der theoretischen Deutungsmuster und methodischen Inventare ist vergleichsweise immer noch gering. Erst in jüngster Zeit wird dies auch in den Geschichtswissenschaften (selbst-)kritisch gesehen, neue Konzepte zur Bewältigung auch und gerade des Themas Revolutionen entstehen<sup>16</sup>.

Deutsche Geschichtswissenschaftler äußerten auf dem 39. Historikertag in Hannover divergierende Ansichten: Während Wehler und Niethammer die »weiche Ostpolitik« der siebziger Jahre als entscheidend für den Zusammenbruch im Osten bezeichneten, vertraten Hildemeier und andere die Aufassung, daß die USA mit dem von ihnen forcierten Rüstungswettlauf die UdSSR niedergerungen und der fehlgeschlagene Afghanistanfeldzug den Zusammenbruch und die Wende herbeigeführt hätten. (Hier sei noch angemerkt, daß Wehler vor dieser Veranstaltung ein ziemlich vernichtendes Urteil über die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Historiker abgab.)

Warum denken eigentlich Historiker zur Verifizierung bzw. Falsifizierung ihrer Thesen (etwa unter Beachtung der methodischen Anregungen des Kritischen Rationalismus Poppers) nicht einmal in Umkehrschlüssen? Wenn also die Ostpolitik der siebziger Jahre (und solche Optionen gab es bekanntlich auch) »hart« gewesen wäre, die USA die UdSSR nicht »totgerüstet« hätten (auch in dieser Hinsicht gab es durchaus verschiedene strategische Szenarien), die Sowjets das politische, militärische und vor allem moralische Fiasko in Afghanistan nicht riskiert hätten (im Politbüro wie im Generalstab gab es nicht nur »Falken«, sondern auch »Tauben« oder we-

<sup>16</sup> Siehe Samuel N. Eisenstadt: Revolution and the Transformation of Societies. New York 1978.—Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. Hrsg. von Reinhart Koselleck und Rolf Reichardt. München 1988. – Dietrich Geyer: Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven. Göttingen 1977. – Karl Griewank: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Frankfurt a. M. 1969. – Kurt Lenk: Theorien der Revolution. München 1973. – Thomas Nipperdey: Reformation, Revolution, Utopie. Göttingen 1975. – Reinhart Koselleck: Revolution als Begriff. In: Merkur 39(1985).

nigstens Realpolitiker), dann wären also die politischen Systeme in der UdSSR und in ihrem Herrschaftsbereich so (noch) nicht zusammengebrochen?

Hier zeigen sich bemerkenswerte Unschärfen in der Darstellung und Bewertung dieser Zusammenbrüche durch Gewichtungen von Zusammenhängen zwischen endogenen und exogenen Faktoren. Dieses Phänomen ist nun in verschiedenen Deutungsversuchen zu beobachten. Während exogene Umstände oder Wirkungen mitunter als dominant beschrieben werden, bleiben endogene merkwürdig unscharf, erscheinen als aus exogenen abgeleitete, inferiore Sekundärfaktoren oder gar nicht. Eine balancierte Auffassung von »innen-außen«-Umständen und -Wirkungen ist noch selten; die »Draufsicht von außen« überwiegt.

Die Mythologisierung historischer Ereignisse als Revolution sowie die Bildung von Mythen bei ihrer Darstellung ist von ideologisierenden, übertheoretisierenden (unzulängliche empirische Analysen, mangelhafte Verifizierung der Fakten), dogmatischen und/oder pragmatischen Haltungen geprägt oder wenigstens begleitet.

So wird festgestellt, bestimmte Ereignisse seien Revolutionen (gewesen) und als solche für bestimmte geschichtliche Lagen, gesellschaftliche Entwicklungen unerläßlich (was soviel wie objektiv notwendig gleich gesetzmäßig bedeuten soll) gewesen. Die nicht nur hypothetisch berechtigte, sondern durchaus von der stattgefundenen Wirklichkeit aufgeworfene Frage, ob denn die Ereignisse auch anders hätten verlaufen können oder ob ihr tatsächlicher Verlauf auch anders als politische Revolution verstanden werden kann, erscheint in diesem Interpretationsschema nicht, wird in Diskussionen darüber gewissermaßen nicht zugelassen. Vielmehr werden die apodiktischen Feststellungen über die Ereignisse mit metaphorischen Wendungen und Epitheta verstärkt und überhöht. Bei dem Versuch, die Subjekte der Ereignisse zu beschreiben, hat man nicht selten den Eindruck, als ob hier transzendente Prästabilierungen, eine Art Laplacescher Dämon oder Hegelscher Weltgeist, weniger jedoch reale, historisch-konkrete Akteure gemeint sein könnten; die Demiurgen bleiben unscharf.

Es werden Überbewertungen der jeweiligen Rolle bestimmter revolutionärer Aktionen vorgenommen, die sie in langandauernden gesellschaftlichen Veränderungen oder Umbrüchen tatsächlich gespielt haben. Das wird zum Teil mit unrichtigen Darstellungen der gesamtgesellschaftlichen Situation vor, während und nach diesen revolutionären Aktionen gestützt, und es geschieht offenbar auch, um die singuläre Bedeutung dieser Aktion (auch als Zäsur in einem Umbruchsprozeß) hervorzuheben oder um die Richtig-

keit beziehungsweise Ausschließlichkeit dieses Interpretationsmusters zu begründen.

Historische (ökonomische, technische, soziale, kulturelle usw.) Phänomene verschiedenster Herkunft und Natur werden, auf einen bestimmten Zeitraum fokussiert, unter einem Revolutionsbegriff subsumiert, um durch die Verknüpfung teilweise oder gänzlich inadäquater Sachverhalte oder Vorgänge eine wie auch immer dann genannte Revolution zu kreieren. Das geschieht gelegentlich in einer Sprache, die den Erfordernissen wissenschaftlicher Darstellungen kaum oder gar nicht entspricht. Die Unzulänglichkeiten solcher Gebilde werden dann mit Hilfskonstruktionen gestützt.

Dies sollte bedacht werden, wenn über die eine Zeiten- (Epochen-?) Wende bedeutenden Ereignisse in der ehemaligen UdSSR, in den Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sowie in der früheren DDR die Interpretationsfolie »Revolution« gelegt wird. Sicher ist es richtig, die Vorgänge zunächst insofern als »revolutionär« zu bezeichnen, als sie Umwälzungen von komplexer Trag- und multidimensionaler Reichweite bedeuten. Wenn man allerdings die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder die entsprechenden strukturellen Aspekte dessen, was hier als revolutionierend gelten kann, in den verschiedenen Ländern detailliert betrachtet, so ergibt sich schon ein viel differenzierteres und auch problematischeres Bild. Vor allem entstehen Fragen nach den inneren, tieferen Ursprüngen und Ursachen der Zusammen- und Umbrüche, nach den Antrieben der, soweit vorhanden und erkennbar, verändernden (kollektiven) Subjekte.

Was nun ungeachtet der gravierenden Unterschiede in allen diesen Umwälzungen sichtbar wird, ist das Streben der Völker Ost-, Ostmittel- und
Südosteuropas nach der oder einer (Wieder-)Gewinnung ethnisch-sozialer,
kultureller (teilweise auch ethnisch-sozial-kulturell/religiöser), schließlich
nationaler Identität und staatlicher Souveränität. Die, bezogen auf die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaften in West- und Mitteleuropa, über
dreihundert Jahre (in ihren historischen Ursprüngen in die 1000jährige byzantinische, 500jährige osmanische, annähernd 200jährige mongolisch-tartarische, über 200jährige habsburgische Herrschaft im Osten und Südosten
Europas, auf dem Balkan und im Donauraum zurückreichende) Ungleichmäßig- und Ungleichzeitigkeiten in der Nationen- und Staatenwerdung, die
Asymmetrien in der Entwicklung sozialstruktureller Grundlagen, die Verzögerungen und Verhinderungen in der Herausbildung sowohl der Kulturals auch der Staatsnationen (und ihr Ineinander-Aufgehen) sowie andere
noch näher zu untersuchende und zu beschreibende Grundprozesse bedeu-

ten und bewirken, daß hier ein Typus revolutionärer Umwälzungen erscheint, für den es historisch keine Vergleiche gibt und dessen schon phänotypisches Erfassen deshalb so schwierig ist.

Die in den genannten jahrhundertelangen (Fremd-)Herrschaftsperioden und auch in den sieben oder vier Jahrzehnten der Herrschaft stalinistischer Systeme offenbar nicht beseitigte, ja nicht einmal entscheidend gebrochene Grundströmung der Suche nach sozialer, kultureller, nationaler Identität ist wohl der eigentliche Auslöser und nun auch der main-stream dieser Vorgänge. Insofern könnte man sagen, daß es sich hier um eine »kulturelle Revolution«, als »Revolution« um einen historisch neuen Phäno- und Genotypus handelt, die sowohl den Rückgriff auf Gewordenes (Erbe, Wurzeln) als auch den Vorgriff auf Werdendes einschließt. Wenn zu einem adäquaten Begreifen und Verstehen dieser Vorgänge überhaupt Analogiebildungen zulässig sind, dann möglicherweise hinsichtlich jener Prozesse, die Fuentes jüngst für die gegenwärtige Situation in Mittel- und Lateinamerika diagnostiziert und deren denkbare künftige Bewegung er antizipiert.

Das Streben nach ethnischer, sozialer, kultureller und nationaler Identität sowie nach ihren Rahmenbedingungen in Gestalt von Staatlichkeit, staatlicher Souveränität, um die Nationenwerdung insgesamt muß als historisch gegeben respektiert werden; in diesem Kontext erfährt (der Begriff) der Nation eine historisch konkrete Rehabilitierung, setzt ein Nationenbildungsprozeß, der zum Teil über lange Zeiträume unterbrochen oder verzögert wurde, zum Teil aber auch in der Gegenwart erst beginnt, ein. Das bisherige Verständnis, die übliche Verwendung von Revolutionsbegriffen erhalten in diesem Zusammenhang gravierende Bedeutungsänderungen. Zu ihrer theoretischen und methodologischen Ausarbeitung geben die bereits erwähnten Arbeiten von Reinhart Koselleck wichtige Impulse, vor allem, weil in ihnen deutlich wird, daß ein zeitgemäßes Verständnis von Revolutionen die Vorstellung von Rück- und Wiederkehr, von »Wiederkunft« einschließt. Auf dieser Grundlage können Annäherungen an die Umbrüche der Gegenwart begonnen und monokausal-deterministische, teleologische und finalistische Deutungen vermieden werden.

Für die Beschäftigung mit diesen als kulturelle Revolution erscheinenden Nationswerdungsprozessen, die aus der Wiederkunft ihre historischen Perspektiven gewinnen, hat die Erforschung von Zusammenhängen zwischen Sozialstruktur und Kultur, kultureller und nationaler Identität eine erhebliche Bedeutung. Von besonderem Interesse ist hier die sozialhistorisch/-strukturelle Analyse der Existenz und Funktion von regional, national, lokal höchst unterschiedlich entwickelten Trägerschichten der Ideen

und Institutionen von Freiheit, Identität, Demokratie – Zusammenhänge also zwischen Sozialstruktur und politischer Kultur. Hier liegt ein Feld soziologisch intendierter, vergleichender sozial- und kulturgeschichtlicher Forschung in den genannten Regionen.

Die Vorgänge in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa werden gegenwärtig mit den verschiedensten Wortmarken versehen, Bezeichnungen umschrieben. Die Lexik und Semantik dieser Deutungen sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden; das kann ideen- und begriffsgeschichtlich späteren Abhandlungen vorbehalten bleiben. Vielmehr erscheint es als notwendig, auf Unschärfen im Vor- und Grundverständnis für diese Vorgänge hinzuweisen. In vielen Darstellungen wird nämlich kaum, in nicht wenigen gar nicht erfaßt, daß es sich hier um Zusammenbrüche politischer Systeme sowie der von ihnen geprägten und gesteuerten Gesellschaften handelt, die universal- und insbesondere auch sozial- und kulturhistorisch beispiellos sind, um Zusammenbrüche, die mit der Beseitigung der Diktatur der ehemals »regierenden kommunistischen Parteien« nicht beendet wurden, sondern andauern, und deren Ursachen in den Folgen fortwirken.

Wenn dies anerkannt beziehungsweise vorausgesetzt wird, ist begreiflich, daß die disziplinär wie auch interdisziplinär vorgenommenen Analysen dieser beispiellosen Vorgänge mit den herkömmlichen Konzepten (von denen noch die Rede sein wird) nicht ohne weiteres und beispielsweise über Analogiebildungen kaum oder gar nicht möglich sind. Um die Ursachen, Verläufe und Folgen, die Strukturen und Dimensionen dieser Zusammenbrüche adäquat erfassen zu können, bedarf es anderer, neuer Erklärungsansätze. Diese wiederum können nach Lage der Dinge nicht aus den vorhandenen Deutungsmustern re(konstruiert) oder deduziert, sondern müßten vielmehr aus einer möglichst genauen Bestandsaufnahme der Situation im eigentlichen Sinn des Wortes »empirisch« abgeleitet und auf induktivem Wege zu Analysekonzepten verdichtet werden. Dafür jedoch sind nicht nur Fähigkeiten in den beteiligten Wissenschaften, bisher verwendete Deutungsmuster in Frage zu stellen oder beiseite zu lassen, sondern auch Bereitschaften, im Diskurs zwischen ihnen neue Erklärungsansätze zu finden, erforderlich. Im besonderen Maße betrifft dies eine neue Weise des Zusammenwirkens von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen. Der Hinweis darauf, daß es sich bei den gegenwärtigen Situationen in den genannten Regionen nicht um irgendwelche gesellschaftlichen Veränderungen oder um solche Veränderungen handelt, für deren Verständnis bereits geschichtliche Vergleichsmöglichkeiten oder hinreichende Erklärungsansätze vorlägen, dient nicht der Beschwörung eines ausweglosen Deutungsdilemmas. Vielmehr soll deutlich werden, daß ohne das Begreifen dieser Vorgänge als andauernder und fortwirkender Zusammenbruch historisch beispielloser Art kein adäquater Zugang zur Untersuchung seiner Ursachen, Verläufe und Folgen gefunden werden kann, weil das Nichtbegreifen dieses Grundsachverhalts dann nolens volens zur Anwendung inadäquater Deutungsmuster respektive theoretischer Konzepte führt.

Die Wege der europäischen Geschichte zwischen den beiden gewissermaßen paradigmatischen Hemisphären dieses Kontinents haben sich oft gegabelt, mitunter in einem Ausmaße, welches bewirkte, daß der dann jeweils mit sich selbst beschäftigte Westen den Osten fast aus dem Auge verlor, und daß die Wiederentdeckung des letzteren durch den ersteren mitunter nur noch als geisteswissenschaftliche oder literarische Mode, manchmal auch als eine Art von -philie oder -phobie inszeniert wurde. Die Entdifferenzierungen wie die Entkopplungen zwischen und in diesen beiden Teilen Europas sind gegenwärtig so, daß man von einer Epochenwende sprechen könnte, und daß, um wieder im Bilde zu bleiben, der Westen wohl den Osten erst wieder in den Blick bekommen muß. Dafür erscheinen jedoch bisher vorzugsweise verwendete Optiken (westeuropäisch gleich europäisch; atlantische, globale Sichtweisen) als weitgehend ungeeignet.

Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen usw. Zusammenbrüche vollzogen und vollziehen sich nun

- in einmaliger Weise in der (früheren) DDR, weil hier der Zusammenbruch des politischen Systems als Hineinfallen (der Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes) in ein Staats- und Gemeinwesen entgegengesetzter Ordnung geschah;
- in besonderer Weise in der (früheren) UdSSR, SFRJ, CSFR, weil hier der Zusammenbruch des politischen Systems zum Zerfall der bisherigen staatlichen (Rahmen-)Ordnung und zur (Wieder-)Entstehung neuer nationalstaatlicher Gebilde führte und führt;
- in allgemeiner Weise für alle im Grunde stalinistischen Systeme in ihren historischen, regionalen, nationalen Varianten und die von ihnen beherrschten »realsozialistischen« Gesellschaften in Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien.

Wie sich zeigt, sind mit dem Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes das bisherige politische System weitgehend verschwunden und die gesellschaftlichen Strukturen in die Verfassungsordnung der (bisherigen) Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Die eigentliche, fortdauernde Zusammenbruchssituation im Osten Deutschlands ist iedoch mit jener in den anderen ehemals »realsozialistischen« Ländern

noch weitgehend ähnlich, also auch vergleichbar. Die gegenwärtige Lage in den sogenannten fünf neuen Bundesländern weist – außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens, der Einführung politischer Strukturen, staatlich-administrativer Gliederungen und Institutionen – mit jener in den elf sogenannten alten Bundesländern kaum qualitative Ähnlichkeiten oder Gemeinsamkeiten auf. So unterscheiden sich auch die Sichtweisen im Westen auf den Osten Deutschlands in vice versa. Inhalte und Äußerungsformen in der sozialen Psyche, in politischen Mentalitäten, in kulturellen Identitätsbildungen entfernen sich voneinander, statt sich anzunähern. Die geistige Wiedervereinigung erscheint für manche bereits als Traum, »und nicht einmal als ein schöner«, für nicht wenige bereits als Trauma.

Mit anderen Worten: Die vergleichende Soziologie, Sozial- und Kulturforschung Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas muß unter diesen Umständen den Osten Deutschlands (und sicher noch für lange Zeit) in ihre Überlegungen und Ansätze einbeziehen. Ihr Forschungsfeld beginnt nicht erst jenseits der deutschen Grenzen oder jener des deutschen Sprachraumes.

#### LUTZ-DIETER BEHRENDT

# Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen

Zweimal in diesem Jahrhundert ist das riesige, sich über Osteuropa, Nordund Zentralasien erstreckende Imperium, das flächenmäßig den größten
Staat der Welt bildete, nicht zuletzt wegen ungelöster, sich zuspitzender
Nationalitätenprobleme zusammengebrochen: 1917/1918 das durch den ersten Weltkrieg geschwächte zaristische, seit der Februarrevolution bürgerlich-demokratische Rußland im Feuer von Revolution, Intervention und
Bürgerkrieg<sup>1</sup>, ein knappes Dreivierteljahrhundert später – ohne vorhergehenden Weltkrieg – die durch die Niederlage im Kalten Krieg und die
gescheiterten Reformversuche des »realen Sozialismus« in ihrer Weltmachtstellung stark angeschlagene UdSSR, deren führende Kraft, die KPdSU,
sich bis weit in die zweite Hälfte der achtziger Jahre der Illusion hingab,
die nationale Frage im Lande gelöst zu haben.

In beiden Fällen veränderte sich die politische Landkarte grundlegend, entstand eine Vielzahl unabhängiger Staaten, teils erstmalig in der Geschichte der sie tragenden Völker, teils als wiedergeborene Nationalstaaten, die der russischen bzw. sowjetischen Expansionspolitik zum Opfer gefallen waren. 1918 waren das Finnland und Polen, die ihre Unabhängigkeit behaupten konnten, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, die Ukraine, Buchara und Chiwa, die allerdings bereits in den Jahren des Bürgerkrieges durch den Vormarsch der Roten Armee ihre selbständige Existenz ebenso wieder einbüßten wie zeitweilige Staatenbildungen in der Art der 1920 bis 1922 als Pufferstaat zwischen der RSFSR und Japan existicrenden Fernöstlichen Republik mit der Hauptstadt Verchneudinsk, und schließlich Estland, Lettland und Litauen, deren Unabhängigkeit durch die imperiale Politik Stalins 1940 ihr Ende fand.

Siehe Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1993.

In den Jahren 1990/1991 wurden die fünfzehn Unionsrepubliken der UdSSR unabhängige Staaten (siehe Tabelle 1 auf S. 49). Auch alle ehemaligen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken (ASSR) in Rußland, die Abchasische ASSR in Georgien und die Karakalpakische ASSR in Usbekistan, fast alle autonomen Gebiete sowie andere Territorien proklamierten ihre Souveränität (siehe Tabelle 2 auf S. 50). Der Prozeß der Staatenbildung, der Loslösung von Nationalitäten aus dem russischen Staatsverband oder aus anderen Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), aber auch der gegenläufige Vorgang des Zusammenschlusses verschiedener Staaten und Gebiete ist noch nicht beendet.

Die Zahl der nationalen Auseinandersetzungen und Konflikte wächst auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR noch ständig an. Am 17. März 1991 veröffentlichte die »Moskovskie Novosti« eine Karte mit 76 territorialen und ethnischen Konflikten. Weitere 80 nationale Widersprüche, die noch nicht in Konflikte hinübergewachsen waren, wurden nicht aufgezeigt. Ein Jahr später, am 29. März 1992, registrierte die Zeitung nicht nur 156, sondern bereits 180 nationale Streitigkeiten. Die Analyse-Gruppe beim Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets der Russischen Föderation untersuchte Anfang 1993 über 160 konfliktträchtige Faktoren, die Einfluß auf die zwischennationalen Beziehungen haben².

Während 1917 mit der Partei der Bolschewiki eine Kraft vorhanden war, die – bei allem quantitativen Übergewicht der Russen in ihr – übernational organisiert war, das zerfallene Reich relativ rasch wieder zusammenfügen konnte und es dadurch vermochte, auch nationale russische Kräfte (z. B. einen Teil des alten Offizierskorps) für sich zu gewinnen<sup>3</sup>, ist eine solche Kraft heute nicht zu sehen. Auch die Russische Orthodoxe Kirche, deren Gewicht wieder zugenommen hat und in die verschiedene Kräfte deshalb einige Hoffnungen gesetzt haben, ist inzwischen national aufgesplittert und kann diese Funktion nicht erfüllen.

Wenn man die Ursachen für die nationalen Konflikte auf dem Territorium der alten Sowjetunion und für den Zusammenbruch dieser Union be-

<sup>2</sup> Siehe Samaja političeskaja karta SSSR. In: »Moskovskie Novosti«. Moskva vom 17. Mārz 1991. S. 8-9. – Samaja političeskaja Karta byvšego SSSR. In: Ebenda. Moskva vom 29. Mārz 1992. S. 9. – Argumenty i fakty. Moskva (1993)20. S. 4.

<sup>3</sup> Siehe A. A. Buravčenkov: V nogu s revoljuciej. Demokratičeskoe oficerstvo v Velikoj Oktjabr'skoj revoljucii. Kiew 1988.

nennen will<sup>4</sup>, muß man sich vor jeder kurzatmigen, vereinfachten Aussage hüten, etwa in der Art, daß in Sowjetrußland und in der UdSSR von Anfang an eine in jeder Hinsicht verfehlte Nationalitätenpolitik betrieben worden sei<sup>3</sup>, daß der Kurs der Perestroika zum Zusammenbruch dieses Staates geführt habe<sup>6</sup>, daß das alles das Werk von Sowjetfeinden oder ein Schlag gegen das Slawentum gewesen sei<sup>7</sup>. Die Ausgangspunkte für die Probleme in den nationalen Beziehungen sind wesentlich komplizierter. Nirgends ist die nationale Bewegung monokausal zu erklären. Es sind sowohl historisch überlieferte, langfristig herangewachsene bzw. wiederbelebte als auch neu entstehende Faktoren zu berücksichtigen. Sie betreffen alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens und erhalten durch die konkrete Zusammensetzung der agierenden politischen Kräfte ihre individuelle Ausprägung.

Wenn im folgenden eine Systematisierung der Ursachen für die nationalen Auseinandersetzungen in der einstigen UdSSR vorgenommen wird, so soll das dem besseren Verständnis der wirkenden Faktoren dienen. Immer ist aber zu beachten: Die Gründe der nationalen Konflikte in den verschiedenen Regionen der Sowjetunion, die Probleme einzelner Völker und nationaler Gruppen sind trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten durchaus nicht überall deckungsgleich. Es handelt sich stets um die Verquickung einer Fül-

<sup>4</sup> Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen der jüngsten Zeit zu diesem Thema seien genannt: Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft. Baden-Baden 1986. - Gerhard und Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1993. - Uwe Halbach: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (im folgenden Bl-Ost). Köln (1992)31; Perestrojka und Nationalitätenproblematik. Bericht BI-Ost. (1987)38; Das sowietische Vielvölkerimperium, Nationalitätenpolitik und nationale Frage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1992. - Eberhard Beckherm: Pulverfaß Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen. München 1990. - Erhard Stölting: Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR. Dritte erweiterte und aktualisierte Neuauslage. Frankfurt am Main 1991. - Victor Zaslavsky: Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft. Berlin 1991. - Ronald Lötzsch: Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow. In: Lothar Herzfeld (Hrsg): Die Sowjetunion - Zerfall eines Imperiums. Frankfurt am Main 1992. -Johannes Grotzky: Konflikt im Vielvölkerstaat - Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch. München 1991.

<sup>5</sup> Siehe Lothar Rühl: Aufstieg und Niedergang des Russischen Reiches. Der Weg eines tausendjährigen Staates. Stuttgart 1992. S. 403ff.

<sup>6</sup> Siehe Interview mit N. Andrejewa. In: Argumenty i fakty. Moskva (1992)43/44. S. 7.

<sup>7</sup> So Ju. V. Novopašin. Siehe Istorija SSSR (1993)5. S. 219.

le widersprüchlicher Faktoren, die sehr unterschiedliches Gewicht in den einzelnen Konflikten erlangen. Überblickt man die Gesamtheit der zwischennationalen Problemfelder in und zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR, so lassen sich ihre Wurzeln und Hintergründe in fünf Komplexen bündeln: erstens die aus der sowjetischen Nationalitätenpolitik und aus sieben Jahrzehnten Sowjetherrschaft resultierenden Probleme und Widersprüche in Politik und Wirtschaft, im sozialen und geistig-kulturellen Bereich; zweitens Nachwirkungen und Folgen, die sich aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der einzelnen Völker vor 1917 bzw. vor ihrem Anschluß an die UdSSR, aus divergierenden historischen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Traditionen ableiten; drittens Widersprüche, die mit der Politik der Perestroika verbunden sind: viertens das Agieren nationalistischer und extremistischer Gruppierungen, z. T. in enger Kooperation mit ausgesprochen kriminellen Elementen, sowie die Einflußnahme auswärtiger Mächte und politischer Bewegungen; fünftens die desintegrierende Wirkung des sich gegenwärtig vollziehenden Systemwechsels.

## ERGEBNISSE UND FOLGEN DER SOWJETISCHEN NATIONALITÄTENPOLITIK

Der mit der Oktoberrevolution errichtete Sowjetstaat beschritt einen neuen Weg in der Nationalitätenpolitik, der in den ersten Jahren bemerkenswerte – auch international anerkannte – Erfolge aufzuweisen hatte. Das sowjetische Regierungsprogramm zur Lösung der nationalen Frage (niedergelegt in der Deklaration der Rechte der Völker Rußlands vom 15. November 1917, im Aufruf an die gesamte werktätige muslimische Bevölkerung in Rußland und im Orient vom 3. Dezember 1917 und anderen Dokumentenstellte einen grundsätzlichen Bruch mit der zaristischen Unterdrückungspolitik gegenüber der »fremdstämmigen Bevölkerung« dar, verkündete erstmals in der Geschichte Rußlands die juristische Gleichberechtigung aller Völker und wirkte mobilisierend auf große Teile der nichtrussischen Volksmassen. Es war ein demokratisches Programm, das gute Ansätze zur Lösung der komplizierten Nationalitätenprobleme enthielt, mit denen die Bolschewiki als Nachlaßverwalter des zaristischen Rußlands konfrontiert waren.

<sup>8</sup> Siehe Text in: Die Sowjetunion von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band 1: Staat und Partei. Hrsg. von Helmut Altrichter. München 1986. S. 135-140.

Dennoch dürfen einige von Anfang an vorhandene kritische Punkte in der sowjetischen Nationalitätenpolitik nicht übersehen werden, die im Laufe der Zeit durch einseitige Verabsolutierung immer größere Bedeutung erlangten, der freien Entwicklung der Nationalitäten entgegenwirkten und sie schließlich unmöglich machten.

Das ist zum ersten die bolschewistische Parteiauffassung, die auch der Nationalitätenpolitik zugrunde lag. Der absolute Führungsanspruch der bolschewistischen Partei und ihr zentralistischer Aufbau ohne föderalistische Gliederung mußten dazu führen, daß das Zentralkomitee der KPR(B) bzw. der KPdSU die Eigenständigkeit der Sowietrepubliken wie der anderen national-territorialen Einheiten in der UdSSR de facto aufhob. Unterschiedliche Standpunkte in nationalen Gebieten tätiger Parteiorganisationen oder -funktionäre zur Gestaltung der Nationalitätenpolitik wurden zu nationalistischen Abweichungen erklärt und damit kriminalisiert. Lenin selbst mußte das in der sogenannten georgischen Angelegenheit im Herbst 1922 noch erleben, als Ordshonikidse als Vertreter der Moskauer Zentrale im wahrsten Sinne des Wortes mit handgreiflichen Argumenten deren Standpunkt gegen die georgische Parteiführung durchsetzte9. 1923 wurden die Auffassungen des tatarischen Kommunisten Mirsaid Sultan-Galijew über eine stärkere Berücksichtigung der Eigenheiten der islamischen Völker Sowietrußlands vom Zentralkomitee als Panislamismus verurteilt<sup>10</sup>. Die bolschewistische Partejauffassung hatte auch Einfluß auf den Kadereinsatz. Oft wurden Partei- und Staatsfunktionäre in Republiken eingesetzt, deren Sprache sie nicht beherrschten.

Zweitens wurde das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung auch von Lenin immer nur unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit betrachtet. In der praktischen Politik hieß das aber – des jeweiligen Kräfteverhältnisses. Erinnert sei nur an die Errichtung der Sowjetmacht in Transkaukasien 1920/1921 mit militärischen Mitteln oder an den Versuch der Roten Armee, bei ihrem zeitweilig erfolgreichen Vormarsch im polnisch-sowjetischen Krieg 1920, entgegen den Wünschen der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volkes, eine polnische Sowjetrepublik zu etablieren, obwohl die Regierung Sowjetrußlands während der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen 1918 gefordert hatte, daß das

<sup>9</sup> Siehe W. W. Shurawljow und A. P. Nenarokow: Die georgische Angelegenheit. In: Sowietwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 42(1989)1. S. 66-75.

<sup>10</sup> Siehe Tajny nacional'noj politiki CK RKP. Četvertoe soveščanie CK RKP s otvetstvennymi rabotnikami nacional'nych respublik i oblastej v g. Moskve 9-12 ijunja 1923 g. Stenografičeskij otčet. Moskva 1992.

polnische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden sollte<sup>11</sup>. Auch im finnisch-sowjetischen Krieg von 1940 wurde versucht, eine finnische »Volksregierung« einzusetzen<sup>12</sup>. Als alle Bemühungen, Finnland zu gewinnen, sich endgültig als illusorisch erwiesen hatten, wurde 1956 die 1940 geschaffene Karelo-Finnische Unionsrepublik wieder in eine Karelische ASSR zurückgestuft, wie es sie schon bis 1940 gegeben hatte.

Drittens hatte Lenin richtig die fortschreitende Internationalisierung des wirtschaftlichen Lebens unter kapitalistischen Bedingungen gesehen und daraus abgeleitet, daß das unter sozialistischen Verhältnissen noch schneller vonstatten gehen werde. Seine Nachfolger deuteten die sich in der UdSSR vollziehenden Integrationsprozesse als sich ständig vertiefende Annäherung, die zur Herausbildung einer historisch neuen sozialen Gemeinschaft - des Sowjetvolkes - geführt habe<sup>13</sup>. In der von ihnen postulierten dialektischen Einheit von Aufblühen und Annähern der Nationen rückten sie die Annäherung einseitig in den Vordergrund, was zu voluntaristischen Schritten einer künstlichen Beschleunigung des »Annäherungsprozesses« und zur Negierung bzw. Bagatellisierung tatsächlich bestehender Widersprüche zwischen kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung der Nationen einerseits und forcierter Internationalisierung im Lande andererseits führte. Die These von der objektiv notwendigen Unterordnung der nationalen Frage unter die soziale mündete zudem in der Auffassung, daß ökonomische und soziale Faktoren allein ausschlaggebend für die Lösung der nationalen Frage seien.

Viertens schließlich wirken sich die einseitige Herausstellung des national-territorialen Prinzips und die Absage an die national-kulturelle Autonomie bis heute verheerend aus in der Forderung fast jeder nationalen Bewegung auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, einen eigenen Nationalstaat zu begründen, sei er auch noch so klein. Lediglich die Gesellschaft der sowjetischen Griechen unterbreitete 1989 das Modell einer besonderen Art autonomer Republik ohne einheitliches Territorium für verstreut lebende Nationalitäten. Eine solche Republik sollte nur zwei Ministerien haben: für Bildung und für Kultur<sup>14</sup> und damit die national-kulturelle Autonomie der sowjetischen Griechen verwirklichen.

<sup>11</sup> Siehe Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Teil: Außenpolitik I. Hrsg. von Dietrich Geyer. Köln, Wien 1972. S. 104 und 137.

<sup>12</sup> Siehe Andreas Doepfner: Finnlands Winterkrieg 39/40. Zürich 1990.

<sup>13</sup> Siehe Der Leninismus und die nationale Frage in der Gegenwart. Moskau 1974. S. 476ff.

<sup>14</sup> Siehe O sovetskich grekach, no ne tol'ko o nich. In: »Moskovskie Novosti«. Moskva vom 17. September 1989. S. 11.

Wenn auch die sowjetische Führung die national-kulturelle Autonomie ablehnte, so ließ sie dennoch anfangs Maßnahmen dieser Art in der praktischen Politik zu: nationale Schulen für zerstreut siedelnde nationale Gruppen, nationale Dorf- und Kreissowjets. 1933 bestanden rund 5.300 nationale (z. B. polnische, griechische, bulgarische, deutsche, jüdische, estnische u. a.) Dorfsowjets, 250 nationale Kreissowjets und tausende nationaler Schulen<sup>15</sup>. National-territoriale und national-kulturelle Autonomie existierten also entgegen der offiziellen Theorie in den ersten beiden Jahrzehnten der Sowjetherrschaft nebeneinander, anders war es eigentlich in diesem multinationalen Land auch nicht möglich.

Wie sahen nun vor dem Hintergrund dieser Vorgaben die Ergebnisse der sowjetischen Nationalitätenpolitik im einzelnen aus?

Siebzig Jahre Sowjetherrschaft bedeuteten für viele Völker einen bedeutenden Schritt voran in der Nationenentwicklung. Häufig setzte die Nationwerdung erst in dieser Periode ein. Bei allen bestehenden Problemen. Einseitigkeiten, Versäumnissen und direkten Verbrechen gegen die freie Entwicklung von Völkern darf nicht übersehen werden, daß sich unter sowietischen Bedingungen eine - wenn auch deformierte - Teilmodernisierung der Gesellschaft vollzog. Die Industrialisierung kam erheblich voran. Besonders große Fortschritte machte das Bildungswesen. Das Analphabetentum wurde überwunden. Die meisten Nationen sind »heute kulturell, bewußtseinsmäßig und im Hinblick auf Sozialstruktur fester gefügt als zu Beginn der Sowjetmacht.«16 Das nationale Selbstbewußtsein der Völker ist erheblich angewachsen und verlangt nach Ausdruck und Befriedigung. Soziale Träger dieses Nationalbewußtseins sind die nationalen Bildungsschichten und auch die nationale Nomenklatura. Entgegen den Erwartungen der Sowjetführung, durch zielstrebige Heranbildung einer nationalen Intelligenz eine feste Stütze des Sowjetsystems zu gewinnen<sup>17</sup>, wurde ebendiese Intelligenz in dem Maße, wie sie quantitativ erstarkte und zunehmend Positionen in den eigenen Republiken besetzte, zum Interessenvertreter ihrer Völker, zum Initiator der und zur einflußreichsten Kraft in den nationalen Bewegungen. Das wurde begleitet von einer Rückbesinnung auf eigene hi-

<sup>15</sup> Siehe Viktor Krieger: Zur Prozedur der Bildung neuer Autonomien. In: »Neues Leben«. Moskva vom 23. November 1988. S. 14.

<sup>16</sup> Siehe Gerhard Simon: Bricht die Sowjetunion auseinander? In: BI-Ost. Köln (1990)18. S. 15.

<sup>17</sup> Siehe Dietrich Beyrau: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917-1985. Göttingen 1993.

storische und kulturelle Werte sowie einer betonten Pflege der Muttersprache. Diese Rolle der nationalen Bildungsschichten war wohl auch der entscheidende Grund dafür, daß die KPdSU(B)-Führung um Stalin die Mitte der zwanziger Jahre begonnene Politik der Korenisazija (Verwurzelung in der eigenen Sprache und nationalen Kultur) in den Republiken zehn Jahre später abbrach und die erste Generation der nationalen Intelligenz und der nationalen Nomenklatura in den Repressalien der dreißiger Jahre größtenteils vernichtete.

Im Staatsaufbau der Sowjetunion bestand ein eklatanter Widerspruch zwischen der verfassungsmäßig festgelegten Föderation und einer tatsächlichen Überzentralisierung der Verwaltung, wie sie mancher Einheitsstaat nicht kannte. Trotz gegenteiliger Behauptungen hatte sich de facto Stalins Plan der »Autonomisierung« und nicht Lenins Forderung nach einer gleichberechtigten Stellung der Unionsrepubliken durchgesetzt. Unter dem Vorwand der Verteidigung gesamtstaatlicher Interessen wurde die Selbständigkeit der Republiken immer mehr begrenzt, wurden ihre ursprünglichen Kompetenzen auf die Unionsebene übertragen. Während Chruschtschow den Föderalismus durch Förderung der Eigenverantwortung der Unionsrepubliken noch einmal zu beleben versuchte, verloren die Republiken in der Amtszeit Breshnews vollends ihre Entscheidungsgewalt über 90% ihrer Industrie. Die Wirtschaft der Republiken wurde an Unionsmaßstäben und -zielen ausgerichtet. Ihre feste Eingliederung in den einheitlichen Volkswirtschaftskomplex der UdSSR erklärt auch die großen Schwierigkeiten, die die Nachfolgestaaten der UdSSR heute beim Aufbau einer nationalen Volkswirtschaft haben. Die sowjetische Wirtschaftsleitung nach dem Zweigprinzip ignorierte die sozialen und ökologischen Folgen industrieller Entwicklung oder landwirtschaftlicher Monokultur, was katastrophale Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Völker hatte (z. B. in den Erdölgebieten Sibiriens in bezug auf den Lebensraum der zahlenmäßig kleinen Völker des Hohen Nordens, in Estland durch die Phosphoritgewinnung im Tagebau, in den Atomtestgebieten in Kasachstan um Semipalatinsk, in der Karakalpakischen ASSR wegen der ungehemmten. zugleich aber auch uneffektiven Wasserentnahme aus den Zuflüssen des Aralsees, im Katastrophengebiet um Tschernobyl usw.).

Der Gleichberechtigung der Völker widersprach auch die Hierarchie der national-territorialen Ordnung der UdSSR: Unionsrepublik, Autonome Republik (ASSR), Autonomes Gebiet, Autonomer Bezirk; wobei oft nach rein formalen Gesichtspunkten festgelegt wurde, welche Stufe nationaler Staatlichkeit der jeweiligen Nationalität eingeräumt wurde. Obwohl Tatar-

stan beispielsweise mit seinem enormen Wirtschaftspotential und mit seiner Bevölkerungszahl Estland weit übertraf, konnte es nicht Unionsrepublik werden, weil es nicht an einer Außengrenze der UdSSR gelegen war<sup>18</sup>.

Das national-territoriale Prinzip bildete zwar die Grundlage der administrativen Gliederung der UdSSR, dennoch wurde eine Übereinstimmung von territorialer Autonomie und nationaler Staatlichkeit einerseits und ethnischem Siedlungsgebiet andererseits in vielen Fällen bewußt verhindert. In 12 von 20 ASSR, in 5 von 8 autonomen Gebieten und in 8 von 10 autonomen Bezirken hildete die Titularnation nicht die Mehrheit der Bevölkerung<sup>19</sup>. Willkürliche Grenzziehungen zur sicheren Beherrschung nationaler Gebiete (Eingliederung russisch besiedelter Gebiete in Kasachstan; 1924 national-territoriale und staatliche Abgrenzung in Mittelasien; 1922 »Abrundung« der Wolgadeutschen ASSR durch russisches Siedlungsgebiet; 1922 Bildung und 1936 Auflösung der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik), aus außenpolitischen Erwägungen (1923 Angliederung des überwiegend armenisch besiedelten Nagornyi Karabach und Nachitschewans an Aserbaidshan guter Beziehungen zur Türkei wegen; 1939 Übergabe Wilnas an Litauen, um dessen Anschluß an die UdSSR vorzubereiten) oder zur Belohnung einzelner Republiken (1954 Übergabe der Krim an die Ukraine als »Geschenk des russischen Volkes« anläßlich des 300. Jahrestages der Vereinigung der Ukraine mit Rußland), verstärkten die multinationale Zusammensetzung vieler Republiken und sind heute häufig Ausgangspunkt territorialer Streitigkeiten zwischen Nachfolgestaaten der UdSSR.

Zielstrebig ausgebaut wurde die Multinationalität der Republiken und Regionen durch die sowjetische Migrationspolitik, die eine Kombination von Anreizen zur »freiwilligen« Wanderung an volkswirtschaftliche Schwerpunkte einerseits und von repressiven Maßnahmen der Zwangsumsiedlung andererseits darstellte. In der ersten Richtung wirkten die Industrialisierung in der Ukraine, in Sibirien, im Fernen Osten und im Hohen Norden, in Kasachstan und in den Städten Mittelasiens, in Estland und Lettland, die Neulandgewinnung in den Steppen Kasachstans sowie die Ansiedlung demobilisierter Soldaten und Offiziere in Grenzgebieten wie dem Baltikum. Da dieser Zustrom vorwiegend russischsprachiger Arbeitskräfte nicht zu einer

<sup>18</sup> Siehe Josef Stalin: Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR. In: Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Berlin 1951. S. 639f.

<sup>19</sup> Siehe die Volkszählungsergebnisse von 1989 in Gerhard und Nadja Simon: Verfall und Untergang (siehe Anmerkung 4). S. 371ff. – Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Informationen zur politischen Bildung aktuell. Bonn 1992.

echten Integration mit der einheimischen Bevölkerung führen sollte und konnte, fühlte sich diese in ihren nationalen, sprachlichen, kulturellen und sozialen Belangen gegenüber den von den Sowjetbehörden privilegierten Zuwanderern benachteiligt. Die Folge sind Bestrebungen in den nunmehr unabhängigen ehemaligen Unionsrepubliken, die Anzahl der »Migranten« durch diskriminierende Maßnahmen zu begrenzen und auf Dauer zu verringern (siehe die Ansässigkeitsklauseln im estnischen und lettischen Wahlgesetz bzw. Staatsbürgerschaftsrecht).

Von der Zwangsmigration wurden in verschiedenen Wellen Millionen von Menschen betroffen<sup>20</sup>. Sie begann mit der massenhaften Entkulakisierung etwas wohlhabenderer Bauern, unabhängig von der Nationalität, wurde fortgesetzt mit der zwangsweisen Seßhaftmachung von Kasachen, Zigeunern, Ewenken und Jukagiren, mit der Verbannung von Geistlichen aller Konfessionen und Verfolgung ganzer Volksgruppen bestimmter Konfessionen (z. B. der Mennoniten und der »wahren orthodoxen Christen«), mit der Aussiedlung von Volksgruppen aus grenznahen Gebieten (Finnen ab 1930, Polen 1936, Koreaner, Chinesen 1937, Mescheten, Kurden, Chemschinen u. a. 1944), erreichte mit der Bestrafung ganzer Völker wegen angeblicher gemeinschaftlicher Kollaboration mit den deutschen Okkupanten im Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt (Deportation von Deutschen, Karatschaiern, Kalmyken, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren und Krimtataren nach Kasachstan, Sibirien und Mittelasien) und wurde auch in den ersten Nachkriegsjahren durch die Deportation zehntausender Litauer, Letten, Esten, Polen, Ukrainer, Weißrussen, Moldauer, Juden und Angehöriger vieler kleiner Völker (u. a. Iraner) in großem Maßstab fortgeführt. Die Gesamtheit der »Spezialumsiedler« - so nannte man die durch ein besonderes Überwachungsund Repressionssystem an ihren neuen Wohnort und an bestimmte Arbeitsplätze gebundenen Zwangsdeportierten in den vierziger Jahren - betrug 3.486.701 Personen<sup>21</sup>. Einige der repressierten Völker - Balkaren, Inguschen, Kalmyken, Karatschaier, Tschetschenen - wurden 1957 rehabilitiert und erhielten ihre aufgelösten autonomen Republiken oder Gebiete zurück;

<sup>20</sup> Siehe Ol'ga Glezer und Pavel Poljan: Total'nye deportacii »nakazannych narodov« v SSSR. In: Nacionalizm v Centralnoj i Vostočnoj Évrope. Dopol'nytel'nye materialy meždunarodnoj konferencii 16-18 centjabrja 1992. g. Łódź 1992. S. 1-13.

<sup>21</sup> Siehe Deportacija narodov SSSR (1930-e – 1950-e gody). Čast 1. Materialy k serii »Narody i kultury«. Vypusk XII. Dokumental'nye istočniki Central'nogo Gosudarstvennogo Archiva Oktjabr'skoj revoljucii, vysšich organov gosudarstvennoj vlasti i organov gosudarstvennogo upravlenija (CGAOR) SSSR. Hrsg.: Rossijskaja akademija nauk. Institut ėtnologii i antropologii im. N. N. Miklucho-Maklaja. Moskva 1992. S. 165.

andere, wie Deutsche, Krimtataren, Mescheten – sind trotz verschiedener Beschlüsse der UdSSR, Rußlands und der Ukraine aus den letzten Jahren noch nicht in jeder Beziehung rehabilitiert. Zahlreiche aktuelle nationale oder territoriale Probleme insonderheit im Nordkaukasus haben ihren Ursprung in der Zwangsmigration und in den ihr folgenden Kompensationsumsiedlungen (z. B. Laken, Awaren für Tschetschenen; Osseten für Inguschen; Ukrainer und Russen für Krimtataren, Bulgaren und Griechen; Georgier für Mescheten; Russen für Wolgadeutsche).

Eng verbunden mit der Migrationspolitik waren Sprachen- und Kulturpolitik. Die russische Sprache als allgemeine Verkehrssprache in der UdSSR wurde zum Wesensmerkmal der von der KPdSU proklamierten neuen Gemeinschaft von Menschen, des Sowjetvolkes, erklärt. Bei einer Mehrheit der nichtrussischen Bevölkerung wurde durch Schule, Medien, öffentliche Institutionen, Wehrdienst und Migrationspolitik die Zweisprachigkeit von Nationalsprache und Russisch erreicht. Dem Ziel eines leichteren Zugangs zum Russischen, zugleich aber der Abschottung gegen unerwünschte Einflüsse von außen, diente in den dreißiger Jahren die Einführung des kyrillischen Alphabets anstelle des bisher verwendeten lateinischen für zahlreiche Sprachen in der UdSSR.

Die Zweisprachigkeit ist bei den einzelnen Nationalitäten sehr unterschiedlich entwickelt. Bereits in den letzten Jahren der Sowjetunion war die Kenntnis des Russischen bei der Stammbevölkerung einiger Unionsrepubliken (Usbeken, Litauer, Tadshiken) rückläufig. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß bei verstreut lebenden Nationalitäten (Deutsche, Juden) und einigen Titularnationen von Unions- bzw. Autonomen Republiken (Weißrussen, Mordwinen) die Beherrschung der Nationalsprache zurückging und sich die Zweisprachigkeit zugunsten des Russischen zurückentwickelte. 1989 wurden rund 20 Millionen Sowjetbürger nichtrussischer Nationalität gezählt, die Russisch als ihre Muttersprache betrachteten. Bei den Russen war Zweisprachigkeit am geringsten ausgeprägt. Da im Arbeitsleben der nichtrussischen Republiken Russisch gesprochen werden mußte, sobald sich nur ein Russe im Arbeitskollektiv befand, bemühten sich nur sehr wenige außerhalb der RSFSR lebende Russen um die Kenntnis anderer Nationalsprachen von Völkern der UdSSR. Diese wiederum sahen darin eine Mißachtung und Zurücksetzung ihrer Sprachen.

Heute ist in fast allen nichtrussischen Nachfolgestaaten der UdSSR das entgegengesetzte Extrem zu beobachten. Der Verzicht auf den Gebrauch der russischen Sprache wird als wichtiger Schritt bei der Überwindung der Sowjetordnung und beim Aufbau eines Nationalstaates verstanden. Die frü-

here Privilegierung der russischen Sprache wird deshalb durch ihre Diskriminierung ersetzt. Überall wird die Beherrschung der Nationalsprache Voraussetzung für eine Tätigkeit in der Volksbildung, im Hochschulwesen und in öffentlichen Ämtern. Gleichzeitig vollzieht sich eine Rückbesinnung auf nationale Traditionen in der Schriftsprache (Wiedereinführung der lateinischen Schrift in Moldowa und Tschetschenien, der arabischen in Aserbaidshan).

Die sozialökonomische Stagnation in den siebziger und achtziger Jahren verschärfte alle unter der Oberfläche schwelenden nationalen Probleme. Jede ökonomische Schwierigkeit, jede soziale Ungerechtigkeit erhielt in der multinationalen Sowjetunion sofort eine nationale Färbung, rief nationalen Egoismus und nationalen Neid hervor, vertiefte nationale Vorurteile und förderte Bestrebungen, allein über die Ressourcen der eigenen Republik oder Region zu verfügen.

#### WIRKUNGEN LANGFRISTIGER HISTORISCHER FAKTOREN

Die jahrhundertelange Existenz des Russischen Reiches hatte in weiten Kreisen der russischen Bevölkerung ein imperiales Bewußtsein erzeugt, dessen Tradition noch sehr lebendig ist und sich im Stolz auf die ehemalige russische (auch sowjetische) Weltmachtposition und in der Auffassung äußert, keinen Fußbreit russischen Bodens – oder was man dafür hält – aufzugeben<sup>22</sup>. Stalin hatte in den dreißiger Jahren bewußt an die imperialen Traditionen angeknüpft und sie unter sowjetischen Vorzeichen fortgesetzt. Seit dieser Zeit, insbesondere aber seit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg, war das geistige Leben in der UdSSR von einer Glorifizierung der russischen Kultur und Geschichte charakterisiert, jedoch immer unter dem Aspekt einer Gleichsetzung von Rußland und Sowjetstaat.

Diese Identifikation hat am meisten dem russischen Volk selbst geschadet. Einerseits verstärkte sie Ressentiments der Nichtrussen gegenüber dem als Staatsträger empfundenen Russentum; andererseits behinderte sie die Ausprägung einer eigenständigen russischen Identität. Da Rußland und Sowjetunion als Einheit begriffen wurden, brauchte man für die RSFSR keine eigenen Republiksinstitutionen. Die RSFSR besaß deshalb viele Einrichtungen nicht, die in den anderen Unionsrepubliken selbstverständliche

<sup>22</sup> Siehe Andreas Kappeler (Hrsg.): Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Köln 1990.

Attribute ihrer Staatlichkeit waren: eigene Hauptstadt, eigene Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsorganisationen, eigene Akademie der Wissenschaften, eigener KGB auf Republiksebene usw. Da das für Rußland die zentralen sowjetischen Organe erledigten, besaß Rußland – selbst in den engen Grenzen der sowjetischen Verfassung – faktisch keinen eigenen Staat. Viele Russen fühlten sich dadurch in ihrem Nationalgefühl gekränkt. Unabhängigkeitsbestrebungen der nichtrussischen Völker empfanden sie als Undankbarkeit gegenüber den Russen.

Aus all diesen Gründen kam es mit dem Zerfall der Sowjetunion zur Wiedergeburt des russischen Nationalismus in unterschiedlichster Ausprägung und zur Wiederaufnahme der traditionellen Dispute zwischen Slawophilen und Westlern<sup>23</sup>. Welche Richtung sich durchsetzen wird, zu welchen Kompromissen sie dabei gezwungen sein wird, ist noch nicht entschieden, wird aber von großem Einfluß auf die zwischenstaatlichen und nationalen Beziehungen in der Region sein. Erstmals leben etwa 25 Millionen Russen in der Position einer nationalen Minderheit außerhalb des russischen Staates, aber auf dem Territorium des ehemaligen Imperiums. Das ist ein gefährliches Konfliktpotential, das durch extremistische Politiker jederzeit aktiviert werden kann, wie die bewaffneten Kämpfe in der sogenannten Dniestr-Republik oder die Autonomiebestrebungen der Russen in einigen estnischen Städten zeigen. Eine Wiedergeburt erlebt auch das Kosakentum, dessen Vertreter eigene Territorien in nationalen Gebieten - z. B. im Nordkaukasus - schaffen und damit den russischen Einfluß behaupten und ausbauen wollen24.

Verhängnisvolle Auswirkungen haben die mangelnden Demokratietraditionen und die jahrhundertelange überragende Rolle des Staates in allen Lebensbereichen Rußlands. Sie sind besonders zählebig und äußern sich in der politischen Kultur der agierenden Kräfte, die den Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol, den Aufbau von Feindbildern und die Unfähigkeit zum politischen Kompromiß sowie die Forderung einschließt, die Persönlichkeit und die Menschenrechte dem Staat, der als Staat der jeweiligen Titularnation aufgefaßt wird, widerspruchslos unterzuordnen.

<sup>23</sup> Siehe Victor Zaslavsky: Das russische Imperium unter Gorbatschow (siehe Anmerkung 4). S. 58ff. – Petra Stykow: Slawophile und Westler – die unendliche Diskussion. In: Michael Brie und Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 107-146.

<sup>24</sup> Siehe Wladimir Kisseljow: Kosaken zeigen Flagge. Konfliktträchtige Wiedergeburt alter Traditionen. In: »Moskau News«. Köln (1991)7. S. 16.

Einfluß auf Intensität, Form und Zielsetzung der nationalen Bewegungen haben die unterschiedlichen Traditionen nationaler Eigenstaatlichkeit der Völker der Sowjetunion. Die baltischen Nationen schöpften Kraft aus der Periode ihrer Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit. Sie hatten ihren Anschluß an die UdSSR im Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes trotz jahrzehntelanger Verfälschung der damaligen Vorgänge in der Sowietpropaganda immer als eine Okkupation betrachtet. Nicht zufällig waren sie die ersten, die Konzepte für eine Entwicklung außerhalb der Sowjetunion entwarfen und sich von ihr trennten<sup>25</sup>. Die Nationen, die erstmals unter sowietischen Bedingungen ein nationales Staatswesen erhielten, sind besonders bemüht, sich von allem Russischen abzugrenzen. Das trifft auf Weißrußland zu, wo die Russifizierungstendenzen unter sowjetischem Vorzeichen außerordentlich wirksam waren und ein gesamtsowietisches Staatsbewußtsein weite Verbreitung gefunden hatte. Traditionelle Widersprüche leben wieder auf wie der zwischen Rußland und dem Kaukasus, um dessen Beherrschung das zaristische Rußland im 19. Jahrhundert mit der Türkei und Persien sowie mit aufständischen kaukasischen Völkern zahlreiche Kriege geführt hatte. Die Ukrainer, als zweitgrößte Nation der UdSSR und als Slawen anderen Völkern gegenüber von der Zentralregierung immer etwas hervorgehoben, wollen nicht mehr nur als der kleine Bruder der Russen gelten, sondern ihren souveränen Staat als Mittelmacht von regionaler Bedeutung respektiert wissen. Tatarstan begnügt sich bisher mit der Unabhängigkeit innerhalb der Russischen Föderation und stützt sich dabei auf seine beachtlichen ökonomischen Ressourcen und auf das traditionell hohe Kulturniveau des islamisch geprägten tatarischen Volkes.

In allen nationalen Bewegungen spielt die Aufwertung der Geschichte des eigenen Volkes eine mobilisierende Rolle<sup>26</sup>. Die Thesen der sowjetischen Geschichtsschreibung über den freiwilligen Anschluß fast aller Völker an Rußland und die historisch fortschrittliche Rolle dieses Vorganges

<sup>25</sup> Siehe Boris Meissner (Hrsg): Die baltischen Nationen Estland, Lettland, Litauen. Zweite erweiterte Auflage. Köln 1991. – Bernhard Schallhom: Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1991)16. S. 16-35. – Andrys Urdze (Hrsg): Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der Baltische Weg. Hamburg 1991. – Ruth Kibelka (Hrsg): Auch wir sind Europa. Zur jüngeren Geschichte und aktuellen Entwicklung des Baltikums. Baltische Pressestimmen und Dokumente. Berlin 1991.

<sup>26</sup> Siehe Gerhard Simon: Das nationale Bewußtsein der Nichtrussen in der Sowjetunion. In: BI-Ost. (1986) 47. S. 12ff. – Uwe Halbach: Ethnische Beziehungen in der Sowjetunion und nationale Bewußtseinsprozesse bei Nichtrussen. In: BI-Ost (1988) 8. S. 41ff.

werden zurückgewiesen. Durch die Einbindung in den nationalen Unabhängigkeitskampf sind die nationalen Geschichtsbilder, insonderheit wenn sie der Begründung territorialer Ansprüche oder der Hervorhebung des eigenen Volkes gegenüber Nachbarnationen oder nationalen Minderheiten dienen, nicht frei von ahistorischen Einseitigkeiten und Mythenbildungen, die die zwischennationalen Beziehungen belasten<sup>27</sup>.

In den Regionen, in denen es vor der Sowjetherrschaft keine kapitalistische Entwicklung gegeben hatte, wurden entgegen allen idealisierenden Wertungen des nichtkapitalistischen Weges feudale Traditionen vielfach konserviert und den sowjetischen Verhältnissen, namentlich der Institution der Nomenklatura, angepaßt. Sie äußern sich in Tribalismus und Nepotismus, in mafiaähnlichen Strukturen in Staat und Wirtschaft sowie in Korruption von riesigem Ausmaß. Als während der Perestroika diesen Erscheinungen der Kampf angesagt wurde, empfanden viele mittelasiatische und kaukasische Völker das Vorgehen der zentralen Justiz- und Parteiorgane als Angriff auf ihre nationale Identität und solidarisierten sich mit ihren korrupten Spitzen. In einigen Nachfolgestaaten der UdSSR, so unter anderem in Tadshikistan, sind die innenpolitischen Auseinandersetzungen auf Machtkämpfe zwischen verschiedenen Stammesclans zurückzuführen<sup>28</sup>.

Die erheblich voneinander abweichenden Traditionen in Kultur und Lebensweise und das unterschiedliche sozialökonomische Entwicklungsniveau – in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten trat statt der von den Sowjetbehörden verkündeten Angleichung ein erneutes Zurückbleiben einiger Sowjetrepubliken zutage – brachten grundverschiedene demographische Entwicklungen hervor. Während im europäischen Teil der UdSSR sich die Tendenz zur Ein- bzw. Zweikindfamilie durchsetzte, blieben in Mittelasien und im Kaukasus Familien mit vielen Kindern vorherrschend. Den sich daraus ergebenden Arbeitskräftemangel in den europäischen und sibirischen Regionen und den Arbeitskräfteüberhang im Kaukasus und in Mittelasien vermochte der sowjetische Staat nicht auszugleichen. Administrative bzw. repressive Arbeitskräftelenkungen waren nicht mehr durchführbar. Unterschiedliche Lebensgewohnheiten, starke Familienbindungen

<sup>27</sup> Siehe Manfred Kerner und Sigmar Stopinski: Vom Umgang mit der eigenen Geschichte. Über die selektive Wahrnehmung der Vergangenheit in den baltischen Republiken. In: Osteuropa. Berlin (1991)9. S. 602-610.

<sup>28</sup> Zur Situation in Mittelasien siehe Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1993)38/39. – Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner: Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität. Politik. Widerstand. Köln 1989.

und nationale Befindlichkeiten verurteilten auch Versuche einer freiwilligen Umsiedlung größerer Gruppen mittelasiatischer Arbeitskräfte in die RSFSR zum Mißerfolg. Der große Überhang nichtbeschäftigter Jugendlicher in den kaukasischen und mittelasiatischen Gebieten führte schon unter sowjetischen Bedingungen zu sozialen Spannungen, die sich in Ausschreitungen gegenüber anderen Nationalitäten entluden (Sumgait, Baku, Nowyj Usen, Ferganatal, Osch). Es wächst die Fremdenfeindlichkeit gegenüber Vertretern anderer Kulturkreise, aber auch gegenüber als Konkurrenten angesehenen Nationalitäten des gleichen Kulturkreises (Usbeken gegen Mescheten, Kirgisen gegen Usbeken). Die Folge ist, daß sich der durch die demographische Entwicklung bereits gegebene natürliche Rückgang des Anteils europäischer Bevölkerungsgruppen in Mittelasien und in den Kaukasusrepubliken durch Abwanderung beschleunigt.

Die »Begegnung« unterschiedlicher Kulturkreise (des byzantinischorthodoxen, des lateinisch-mitteleuropäischen und des islamisch-türkischarabisch-iranischen) im Baltikum, im Wolgagebiet, in der Ukraine, im Kaukasus und in Mittelasien verläuft nicht problemlos. Besonders die über vierzig unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse werden heute verstärkt in den nationalen Auseinandersetzungen und im politischen Kampf ausgenutzt. Selbst ehemalige kommunistische Spitzenpolitiker, die für die atheistische Propaganda Verantwortung getragen hatten, lassen sich jetzt taufen (Schewardnadse) und versuchen, Christentum bzw. Islam zur Stabilisierung des postsowietischen Regimes einzusetzen. Politiker aller Richtungen knüpfen daran an, daß viele Bewohner der ehemaligen Sowjetunion trotz atheistischer Staatspolitik die traditionelle Bindung an eine bestimmte Religion als bewußte Pflege ihrer nationalen Identität aufrecht erhalten haben: Tataren, Baschkiren, Usbeken, Kasachen, Turkmenen, Kirgisen, Tadshiken, Karakalpaken, Karatschaier, Balkaren, Kabardiner, Tschetschenen, Inguschen, Abchasen, Awaren, Adsharen, Kumyken, Mescheten u. a. zum sunnitischen Islam; Aserbaidshaner, Nordosseten, ein Teil der Kurden zum schiitischen Islam; Russen, Ukrainer, Weißrussen, Moldauer, Georgier, Südosseten, Karelier, Mari, Mordwinen, Tschuwaschen, Udmurten zum orthodoxen Christentum, teils als Angehörige der Russischen Orthodoxen Kirche, teils als Anhänger unabhängiger Nationalkirchen; Armenier zur Armenischen Gregorianischen Kirche; Litauer, Polen, ein Teil der Letten. Weißrussen und Deutschen zum Katholizismus; Esten, die Mehrheit der Letten und Deutschen zum Protestantismus; Westukrainer zur Unierten Kirche; ein Teil der Deutschen zum Baptismus bzw. zum Mennonitentum; Kalmyken und Tuwiner zum Buddhismus; Juden, Bergjuden, Buchara-Juden. georgische Juden zum Judentum; Jakuten u. a. zum Animismus. Folge der nationalen Auseinandersetzung ist in letzter Zeit die Vereinzelung der Konfessionen in »nationale Quartiere«. Neben der Bildung selbständiger orthodoxer Kirchen in der Ukraine, in Moldowa und in Estland ist in diesem Zusammenhang die Auflösung der islamischen Zentren im Nordkaukasus bzw. in Mittelasien und ihre Ersetzung durch Zentren in den Republiken zu nennen.

#### FOLGEN DER PERESTROIKA

Die Perestroika wurde ohne eine Konzeption zur Nationalitätenpolitik eingeleitet. Die Führung um Gorbatschow war in ihrer eigenen Ideologie von der Lösung der nationalen Frage in der Sowjetunion und von der Herausbildung des einheitlichen Sowietvolkes als neuer historischer und sozialer Gemeinschaft gefangen<sup>29</sup>. Sie wurde daher völlig unvorbereitet von der Wucht und dem Ausmaß der nationalen Probleme getroffen. Viel zu langsam löste sie sich gerade in der Nationalitätenpolitik von überholten Auffassungen und starren Dogmen. Infolgedessen bewies sie Instinktlosigkeit im Umgang mit nichtrussischen Nationalitäten (Einsetzung des Russen Kolbin als 1. Sekretär des ZK der KP Kasachstans im Dezember 1986, obwohl seit den sechziger Jahren immer ein Kasache diese Funktion innehatte), behandelte gravierende Probleme dilatorisch und verschärfte sie dadurch (Nagornyj Karabach 1988), reagierte auf Unabhängigkeitsbestrebungen im Geiste des Großmachtchauvinismus (Ultimatum und Wirtschaftsblockade gegen Litauen 1990) und verspätete sich mit allen Maßnahmen, die zur Entspannung der Lage in den nationalen Beziehungen hätten beitragen können (ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik statt im Frühjahr 1987 erst im Herbst 1989: Gesetze über Staatsbürgerschaft, über die freie nationale Entwicklung außerhalb ihres nationalen Staatswesens lebender Sowjetbürger im November 1989, über die verstärkte Verantwortung für Anschläge auf die nationale Gleichberechtigung der Bürger, über die Grundlagen der ökonomischen Beziehungen der Republiken im April 1990, über den Austritt aus der UdSSR ebenfalls erst im April 1990, nachdem Litauen den Austritt schon vollzogen hatte; zögerliche, inkonsequente Rehabilitierung repres-

<sup>29</sup> Siehe Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt. Berlin 1987. S. 147ff. – Programm der KPdSU. In: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente. Berlin 1986. S. 12-14 und 58-60.

sierter Völker seit 1988; erster Entwurf für einen neuen Unionsvertrag erst 1990). Die ungeklärte verfassungsrechtliche Situation führte zur »Parade der Souveränitäten«, zu den Unabhängigkeitserklärungen der Unionsrepubliken, der ASSR und sogar der autonomen Gebiete und einiger autonomer Bezirke sowie zum »Krieg der Gesetze«, dem Streit um den Vorrang der Unions- oder der Republiksgesetze, was Schritt für Schritt die Lähmung der Verwaltung des Landes bewirkte.

Die alten Methoden der Nationalitätenpolitik hatten sich endgültig erschöpft, da sie auf dem Machtmonopol der KPdSU beruhten, die ihre Führungsrolle mehr und mehr einbüßte. Führende Persönlichkeiten der Parteinomenklatura liefen zu den nationalen Bewegungen über, zuerst 1988 in Armenien, dann 1989 im Baltikum und 1990 in Aserbaidshan. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus hatte im Ergebnis der offenen Diskussionen im Zuge der Glasnost ihre Funktion als einigendes Band verloren. Auch mit dem Einsatz der Armee (in Georgien, Aserbaidshan und im Baltikum) und mit militärischen Sonderverwaltungen (1989 Nagornyj Karabach) konnte die nationale Bewegung nicht mehr niedergehalten werden. Die sowietische Form der Föderation, die Union, an der krampfhaft festgehalten wurde, war aufgrund der Machtkrise des gesamten sowjetischen Herrschaftssystems nicht mehr reformierbar. Ein in den meisten Republiken der UdSSR positiv ausgegangenes Referendum über den Erhalt der Union im März 1991 blieb wirkungslos, weil die Interessen der in den Republiken herrschenden Eliten zu unterschiedlich waren und der Putsch vom August 1991 die letzten Kompromißmöglichkeiten zerstörte. Einigkeit bestand in allen Republiken einschließlich Rußlands lediglich darin, die Zentralgewalt zu schwächen, was dann auch zur Auflösung der UdSSR führte.

### NATIONALISMUS UND EINFLÜSSE VON AUSSEN

Das Auseinanderbrechen der UdSSR war von einem stürmischen Anwachsen des Nationalismus begleitet<sup>30</sup>. Nach der Diskreditierung des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie ist er – oft religiös begründet – zur

<sup>30</sup> Siehe Gerhard Simon: Nationalismus und die Grenze der Sowjetunion als Weltmacht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1988)35. S. 16-28. – Jochen Franzke: Der »neue« Nationalismus im Osten Europas. In: Erbard Crome/Jochen Franzke (Hrsg.): Nation und Nationalismus. Aspekte der Annäherung an das Phänomen des Nationalen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Berlin 1993. S. 77-100.

verbindenden Klammer für Menschen jeweils einer Nation und damit zur Sprengkraft der Union geworden. In den Nachfolgestaaten der UdSSR tritt der Nationalismus vor allem als ethnischer Nationalismus auf<sup>31</sup>. Er dient der Konsolidierung der eigenen Nation und der nationalen Identitätssuche, der Durchsetzung nationaler Privilegien. Die alte Nomenklatura nutzt ihn als Herrschaftsinstrument, um ihre bisherigen Positionen auch unter neuen Bedingungen zu behaupten. Ehemalige Dissidenten und Oppositionelle berufen sich auf ihn, um an die Macht zu gelangen und dem politischen Gegner die Massenbasis zu nehmen. Der Nationalismus stärkt einerseits die Abwehr gegenüber dem Stärkeren, richtet sich andererseits aber gegen schwächere Nationalitäten. So traten die Unionsrepubliken für die eigene Unabhängigkeit von Moskau ein, wollten die nationalen Rechte nationaler Minderheiten im nunmehr unabhängigen Staat aber nicht respektieren, wie z. B. die Konflikte zwischen Georgiern und Abchasen sowie Osseten, zwischen Litauern und Polen, zwischen Esten und Letten einerseits und Russen andererseits, zwischen Moldauern und Gagausen, Ukrainern sowie Russen belegen. In der nationalistischen Argumentation werden alte Theorien wie Panslawismus, Antisemitismus, Panislamismus und Panturkismus bewußt wieder aufgenommen<sup>32</sup>.

In dem Maße, wie die Sowjetunion zerfiel und sich an ihren Rändern ein machtpolitisches Vakuum auftat, eröffneten sich Räume für vielfältige Einflüsse von außen. So versuchte natürlich die bei einigen Völkern zahlenmäßig starke antisowjetische Emigration über unterschiedliche Kanäle den Unabhängigkeitsprozeß zu beeinflussen. Im Baltikum wurden einige ihrer Vertreter direkt im Lande politisch wirksam. Wiederhergestellt wurden Verbindungen der jetzigen Staatsvölker zu Bevölkerungsgruppen gleicher Nationalität in Nachbarstaaten. Da die Grenzen, die Tadshiken in Tadshikistan von denen im Afghanistan und Aserbaidshaner in Aserbaidshan von denen im Iran trennen, vor vielen Jahrzehnten aus machtpolitischen Gründen gezogen wurden, konnte es nicht überraschen, daß es mit der Schwächung der sowjetischen Staatsmacht und der politischen Instabilität in den genannten Republiken zu gewaltsamen Grenzdurchbrüchen, zur bewaffne-

<sup>31</sup> Siehe Wladimir K. Wolkow: Ethnokratie – ein verhängnisvolles Erbe in der postkommunistischen Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1991)52/53. S. 35-43.

<sup>32</sup> Gerhard Wettig: Auswirkungen des Nationalismus in Osteuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1993)10. S. 30-36.

ten ausländischen Unterstützung für Rebellen in Aserbaidshan und Tadshikistan und zu Flüchtlingsströmen über die Grenzen nach Iran und Afghanistan kam. Sowohl in Rumänien als auch in Moldowa gibt es Bestrebungen, diese Republik an Rumänien anzuschließen, was die ohnehin vorhandenen Konflikte mit Russen, Gagausen, Ukrainern und anderen Minderheiten weiter verschärft. Die Türkei und Iran versuchen unter Ausnutzung ihrer religiösen, kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft Einfluß in den islamischen Nachfolgestaaten der UdSSR zu gewinnen. Dadurch werden traditionelle Widersprüche zwischen Rußland und der Türkei bzw. zwischen Rußland und dem Iran wiederbelebt, denn Rußland ist nicht willens, seine Positionen im Kaukasus oder in Mittelasien aufzugeben, was durch Truppenstationierung, gemeinsamen Grenzschutz und Beistandsverträge untermauert wird. Bei den meisten nationalen Konflikten zwischen zwei Gegnern wirkt mindestens ein dritter im Hintergrund. Das zeigt sich in Georgien wie in Nagornyj Karabach, in Tadshikistan wie in Moldowa.

#### DESINTEGRIERENDE AUSWIRKUNGEN DES SYSTEMWECHSELS

Anteil am Zerfall der Sowjetunion haben nicht zuletzt der sich vollziehende Wechsel des Gesellschaftssystems und die damit verbundenen Veränderungen in der sozialen Orientierung der Menschen sowie die immer größer werdenden sozialen Probleme, von denen man oft mit nationalistischen Parolen abzulenken versucht33. Der von allen Nachfolgestaaten der UdSSR verkündete Übergang zur Marktwirtschaft und die widersprüchlichen, oft wenig durchdachten und materiell nicht untermauerten Programme und Konzeptionen dazu sowie die einander widersprechenden Maßnahmen in dieser Hinsicht verschärften die Differenzen zwischen den früheren Sowjetrepubliken trotz aller Einigungsversuche immer aufs neue. Der Versuch, nationale, unabhängige Währungen zu installieren, die Auseinandersetzung über den Anteil einzelner GUS-Staaten an den Auslandsschulden der UdSSR sowie der Streit um die Aufteilung des gemeinsamen UdSSR-Vermögens - von der Wirtschaft über das Transportwesen, die Weltraumforschung und Wissenschaft bis zu Armee, Flotte und Atomwaffen, die Abwälzung der Verantwortung für Umweltschäden schaffen ständig neue

<sup>33</sup> Siehe Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Gütersloh 1993.

Konfliktfelder. Der Zusammenbruch bzw. die Zerschlagung gewachsener oder auch dekretierter Handels- und Austauschbeziehungen zwischen den Gliedern des ehemals einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes, das Pokern mit den nationalen, zumeist aber sehr beschränkten Ressourcen, Bemühungen, durch überhöhte Preise für defizitäre Waren im Handel mit den anderen GUS-Ländern Vorteile zu erlangen, und Versuche, die anderen durch Aussetzung von Rohstofflieferungen (Erdöl, Erdgas, Getreide, Halbfabrikate) und Leistungen zu erpressen, führen immer wieder zu Interessenkollisionen.

Für die neuen Staaten auf dem Gebiet der UdSSR ist ein ständiger Widerspruch zwischen weiterem Unabhängigkeitsstreben und gegenseitigem Aufeinanderangewiesensein charakteristisch. Einerseits werden sie zur Zusammenarbeit gezwungen, andererseits wachsen die zentrifugalen Tendenzen. Diesen Zustand spiegelt auch die GUS wider<sup>34</sup>. Ein und dieselben Probleme müssen von ihren Gremien, die noch keine feste Gestalt haben, immer wieder von neuem beraten werden. Zusammenschlüsse zur Kooperation in Teilbereichen wechseln mit Abspaltungen; Abgehen von vereinbarten Beschlüssen wird von erneutem Zusammengehen abgelöst. Existentielle Gefährdungen infolge von Krieg und Bürgerkrieg können die Bereitschaft der Regierungen zum Anschluß an die GUS verstärken, wie der Beitritt Georgiens und der Wiedereintritt Aserbaidshans 1993 in die GUS belegen.

Die nationalen Prozesse auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion sind bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Nationenbildung in den unabhängigen Staaten wird sich fortsetzen, Migrationsbewegungen aus nationalen und sozialen Motiven zwischen ihnen werden anhalten. Der Anteil nationaler Minderheiten wird durch Rückwanderung von Russen, Ukrainern und anderen Europäern aus Zentralasien und dem Kaukasus, durch Konzentration anderer Nationalitäten in ihren neuen Nationalstaaten zurückgehen. Dennoch wird es nicht zur Herausbildung ethnisch reiner Nationalstaaten in dieser Region kommen.

Zunehmen wird der Regionalismus in und zwischen den Staaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR<sup>35</sup>. Besonders betroffen davon sind Rußland und die Ukraine. Ansätze regionaler Zusammenarbeit sind im Bal-

<sup>34</sup> Siehe Otto Luchterhandt: Das institutionelle und rechtliche Profil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1992)52/53. S. 22-31.

<sup>35</sup> Siehe Gerhard Simon: Regionalismus in der Sowjetunion. In: BI-Ost (1987)24.

tikum, in Mittelasien und in der Schwarzmeerregion zu beobachten. Die Konföderation der Kaukasusvölker versucht, ein einflußreicher Faktor im Kaukasus zu werden.

Die Instabilität in und zwischen den Staaten der Region wird noch geraume Zeit anhalten. In dem Maße, wie die gesellschaftliche Transformation fortschreitet, differenzieren sich die ursprünglich einheitlichen Nationalbewegungen in Parteien mit unterschiedlichem Profil, die erbittert um die Macht im Lande kämpfen. Die Machtverhältnisse werden daher noch längere Zeit ungeklärt bleiben. Putsche, Gegenputsche und Aufstände unterschiedlichster Ausrichtung werden aufeinander folgen. Der Übergang zu einer stabilen Demokratie, zur Marktwirtschaft und zu geregelten Nationalitätenbeziehungen wird kompliziert und langwierig sein.

Tabelle 1: Unabhängigkeitserklärungen der Sowjetrepubliken

Republik	Souverānitāts- erklārung	Beginn der Übergangs- periode zur Unabhängigkeit	Unabhāngig- keitserklārung	Referendum <sup>3</sup>
Armenien	23.04.1990	23.08.1990	23.09.1991	21.09.1991
Aserbaidshan	23.09.1989		30.08.1991	
Belarus				
(WciBruBland)	27.07.1990		25.08.1991	
Estland	16.11.1988	30.03.1990	20.08.1991	03.03.1991
G∞rgien	09.03.1990	14.11.1990	09.04.1991	31.03.1991
Kasachstan	25.20.1990		16.12.1991	
Kyrgystan	15.12.1990		31.08.1991	
Lettland	29.07.1989	04.05.1990	21.08.1991	03.03.1991
Litauen	18.05.1989		11.03.1990	09.02.1991
Moldowa	23.06.1990		27.08.1991	08.12.1991
Rußland	12.06.1990			
Tadshikistan	24.08.1990		09.09.1991	
Turkmenistan	23.08.1990		27.10.1991	26.10.1991
Ukraine	16.07.1990		24.08.1991	01.12.1991
Usbekistan	20.06.1990		31.08.1991	29.12.1991

Souveränität innerhalb der UdSSR
 Unabhängigkeit von der UdSSR
 Referendum über die Unabhängigkeit

Tabelle 2: Souveränitätserklärungen autonomer Republiken, Gebiete und Bezirke

Republik	Souveränitäts- erklärung	Unabhängigkeits- erklärung	Referendum
Abchasien	25.08.1990	23.07.1992 <sup>1</sup>	
Adygea	03.07.19912		
Baschkortostan	29.10.1990		
Burjatien	08.10.1990		
Chakassien	03.07.1991		
Dagestan	1990	-	
Dnjestr-Republik		03.09.1990	01.12.1991
Gagausien	_	19.08.1990 <sup>3</sup>	01.12.1991
Gornyj Altai	03.07.1991		
Inguschetien	04.06.1992		
Republik der Jamal-Nenzen	Mārz 1991	8	
Kabardino-Balkarien	31.01.1991		
daraus: Balkarien	22.11.1991		
Kabardinien	November 1992		
Kalmykien (Chalm Tangsch)	19.10.1990		
Karakalpakien	14.12.1990		
Karatschajewo-Tscherkessien	03.07.1991		
daraus: Karatschaj	17.11.1990		
Tscherkessien	25.10.1991		
Karelien	10.08.1990		
Republik der Korjaken	10.10.1990		
Republik der Komi	30.08.1990		
Krim-Republik	04.09.1991	05.05.1992	20.01.1991
Mari El	22.10.1990		
Mordowa	1990		
Nagornyj Karabach	4	03.09.1991	10.12.1991
Republik der Nenzen	14.11.1990°		
Nordossetien	1990		
Sacha (Jakutien)	19.09.1990		
Südossetien	28.11.1990	28.11.1991	19.01.1992
Tatarstan	30.08.1990	22.03.1992	21.03.1992
Tschetschnja	27.11.1990°	November 1991	
Republik der Tschuktschen	30.09.1990		
Tschuwaschien	27.10.1990		
Tuwa	Dezember 1990		
Udmurtien	21.09.1990		

- <sup>1</sup> Unabhängigkeit von Georgien
- durch Parlamentsbeschluß Rußlands zur Republik erklärt
- Unabhängigkeit von Moldowa
- Unabhängigkeit von der Ukraine; Beschluß wurde am 20. 05. 1992 zurückgenommen
- Unabhängigkeit von Aserbaidshan
- Der Beschluß wurde ausgesetzt
- <sup>7</sup> Unabhängigkeit von Rußland, aber Verbleiben in Rußland
- Unabhängigkeit von Rußland
- Autonomer Bezirk erklärt sich zur autonomen Republik
- 10 als Tschetscheno-Inguschien



#### WILLI BEITZ

### Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt

Zunächst einige Bemerkungen zur Begründung meines Themas und meines methodischen Vorgehens. Wie wir alle wissen, unterliegen die Debatten zu den Transformationsprozessen in Osteuropa mannigfachen Irritationen. Politische Interessen spielen hier ebenso herein wie persönliche Betroffenheit, die wünschenswerte Versachlichung kommt nur mühsam voran, und besonders wir ehemaligen DDR-Bürger müssen in der allgemeinen Verwirrung jeden Begriff, jeden methodischen Schritt sorgsam prüfen. Doch es ist zugleich für alle – in Ost und West – ein Sich-Vortasten auf ein geschichtlich neues Terrain.

In dieser vertrackten Situation habe ich mich eines Hinweises erinnert, den der (kürzlich verstorbene) Begründer der sogenannten Tartuer Schule humanwissenschaftlicher Semiotik, Juri Lotman, uns gab: Auch bei der »Untersuchung naheliegender und zeitgenössischer Erscheinungen«, so führt er aus, sei eine typologische Betrachtungsweise notwendig. Die »eigentliche Idee der Typologie« bestehe darin, »daß sie alle Systeme menschlicher Kultur einheitlich beschrieben, somit vergleichbar, in Rechnung stellt, darunter natürlich auch die eigene Kultur des Verfassers der Beschreibung«1. Das genannte Verfahren ermöglicht also - und dies kommt meinem Anliegen entgegen -, den Aufgeregtheiten der Gegenwart, die uns allzu stark auf den Moment fixieren, ein Stück zu entkommen und das jüngste Geschehen in größere Zusammenhänge zu rücken. Wieweit dies dem Anspruch einer Methodologie genügen wird, sei dahingestellt. Mein Ansatz ist begrenzt wie der zeitliche Vergleichsradius. Ich greife zurück auf Debatten und Außerungen, die sich in der dritten Welle russischer Emigration, also aus Vorgängen und Erfahrungen der 70er und der beginnenden 80er Jahren ergaben. Was

<sup>1</sup> Juri M. Lotman: Kunst als Sprache. Untersuchungen zum Zeichencharakter von Literatur und Kunst. Leipzig 1981. S. 53.

mir auch dann noch an geschichtlicher Distanz fehlt, will ich dadurch zu kompensieren suchen, daß ich auf einige weitere theoretische Überlegungen Lotmans zurückgreife, deren Aktualität, wie ich hoffe, sichtbar werden wird. Ich bediene mich damit eines Instrumentariums, das ich als Literaturhistoriker nicht jeden Tag zu verwenden pflege.

Mit der zweiten Vorbemerkung - nämlich zu den im Thema gewählten Begriffen Einheit und Teilung - muß ich eigentlich schon in medias res gehen. Mit dem bekannten Wort von Willi Brandt: »Jetzt wächst zusammen. was zusammengehört« wird einer der unsere Gegenwart - nicht nur in Deutschland - prägenden Prozesse benannt: Mauern und andere Barrieren fallen, bislang Getrenntes vereinigt sich. Doch unsere Zeit ist zugleich eine der Trennung von bisher Vereintem, von neuen Grabenbildungen, Fronten. Das 20. Jahrhundert hatte es ja in sich, was die Schaffung von übernationalen, ja überdimensionalen Gebilden anlangt. Fast immer standen Machtansprüche dahinter, und mit dem Sturz der Regime sind diese Gebilde fragwürdig geworden und zerfallen. Was wir »Sowjetliteratur« nannten, war eines davon, und es diente wie der dazugehörige »sowjetische« Schriftstellerverband dazu, die Autoren unter eine einheitliche Politik und Ideologie zu vereinnahmen - um den Preis der Ausgrenzung, Ausbürgerung, ja Vernichtung derer, die sich dazu nicht bereit fanden oder nur unter dem Verdacht standen, nicht loyal zu sein. Allein der literaturfremde Begriff »Sowietliteratur« zeigt an, daß sich die Politik der Literatur bemächtigt hatte, daß es sich, wie der Bielefelder Slawist Hans Günther es nennt, um einen verstaatlichten Literaturbetrieb handelte. Dennoch hatte sich dieser Begriff im Laufe der Zeit so stark eingebürgert, daß er auch von namhaften westlichen Forschern nahezu unreflektiert verwendet wurde. Erst als während des Breshnew-Regimes mit der dritten Welle literarischer Emigration viele aus dem System ausbrachen oder verfolgt wurden, änderte sich das, und es begann erneut wie schon während der ersten Emigration in den 20er Jahren - die Debatte darüber, wie es denn mit der Einheit der russischen Literatur bestellt sei2.

Mit diesem Problem befaßten sich speziell zwei Konferenzen – die erste von George Nivat einberufene 1978 in Genf (das Thema lautete: »Odna ili

<sup>2</sup> Mit besonderer Konsequenz wurde das Konzept der sprachlich-kulturellen Einheit der russischen Literatur von Wolfgang Kasack in seinem »Lexikon der russischen Literatur ab 1917« (Stuttgart 1976) verwirklicht und in dessen weiteren Fassungen bis hin zu seinem heutigen »Lexikon der russischen Literatur des 20. Jahrhunderts« (München 1992) weiter ausgebaut. – Siehe dazu die von mir und Ingrid Schäfer verfaßte Rezension des Lexikons in: Zeitschrift für Slawistik. Berlin (1994) 1. S. 137ff.

dve russkich literatury?«)<sup>3</sup>, die zweite von Olga Matich betreute 1981 in Los Angeles. Auf diese zweite werden wir ausführlich zu sprechen kommen, weil sie unter dem Thema »The Third Wave: Russian Literature in Emigration«<sup>4</sup> zahlreiche im westlichen Exil befindliche russische Autoren mit amerikanischen Literaturwissenschaftlern zusammenführte und faktisch alle wesentlichen ideologischen und ästhetischen Positionen in einer Weise zur Sprache brachte, daß Vergleiche und Verallgemeinerungen möglich werden.

Folgte man manchen in Los Angeles diskutierten Konzepten, so müßte man die russische Literatur der Sowjetepoche nicht nur zweiteilen, sondern sogar drei- oder vierteilen. Sergej Dowlatow beispielsweise, ein jüngerer Prosaiker, sprach vom antagonistischen Verhältnis dreier aktueller »Tendenzen«. Er unterschied erstens die offizielle und dem Regime »treu ergebene« Literatur, zweitens die liberal-demokratische und drittens die Literatur im Ausland sowie den »Samisdat«<sup>5</sup>. Auch der durch seine satirische Prosa, besonders durch den »Conkin«-Roman, bekannt gewordene Wladimir Wojnowitsch unterschied zwischen drei Arten, mit den herrschenden Verhältnissen in der UdSSR als Schriftsteller fertig zu werden: Anpassung und offizielle Anerkennung – Schreiben nach dem Gewissen und entsprechende Schwierigkeiten – oder Emigration<sup>6</sup>.

Indessen hatten sich bereits die ersten Redner auf der Konferenz, Andrej Sinjawski, der wahrhaft unter der Verfolgung durch das Sowjetregime gelitten hatte, sowie Wassili Axjonow nachdrücklich gegen die Teilung der russischen Literatur nach politischen oder ideologischen Kriterien ausgesprochen. Sie setzten sich namentlich mit der These des (auf der Konferenz nicht anwesenden) emigrierten Kritikers Juri Malzew auseinander, es gebe in der UdSSR eine »promežutočnaja literatura«. Damit war jener Teil der Literatur gemeint, der Malzew zufolge eine fragwürdige »Zwischenstellung« zwischen der vom Sowjetregime offiziell geförderten und der wahrhaft freien im Exil einnahm. Er rechnete dazu immerhin so bedeutende Autoren wie Trifonow, Schukschin oder Rasputin. Dies sei, so Malzew, eine Literatur der Halbwahrheiten, und womöglich lägen erlaubte Halbwahrheiten sogar im Interes-

<sup>3</sup> Siehe Odna ili dve russkich literatury? Meždunarodnyj simpozium, sozvannyj ſakul'tetom slovesnosti żenevskovo universiteta i švejcarskoj akademiej slavistiki. Ženeva. 13-14-15 aprelja 1978. Lausanne 1981.

<sup>4</sup> Siehe The Third Wave: Russian Literature in Emigration. Edited by Olga Matich with Michael Heim. Ann Arbor 1984.

<sup>5</sup> Ebenda. S. 37f. (Die Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von mir - W. B.).

<sup>6</sup> Ebenda, S. 49.

se des Regimes<sup>7</sup>. Sinjawskis Entgegnung lautete: Die »volle Wahrheit« sei nicht das einzige Kriterium für den künstlerischen Wert eines Buches, und in der Lyrik seien Begriffe wie »volle« oder »halbe Wahrheit« überhaupt fehl am Platze: »Gegen die Unterteilung der Literatur nach parteilich-politischen Merkmalen, von welcher Seite sie auch immer ausgehen mag, lehne ich mich innerlich auf [...] Einfach deshalb, weil meines Erachtens nichts der Kunst Äußerliches – Politik, Moral, Philosophie, sogar die Religion und sogar die Wahrheit, die ganze volle Wahrheit –, weil alles das [...] den Künstler nicht rettet. Die Politik schon gar nicht. Die allerbeste Politik ist noch lange kein Kriterium der Kunst. Und jenes politisierte Bewußtsein, auf dem Malzew insistiert, [...] hat literarisch keine Früchte getragen.«<sup>8</sup>

Wassili Axjonow pflichtete (wie später auch Anatoli Gladilin) Sinjawski vollständig bei. Er betonte - und dies habe er seinerzeit schon einigen Linken in Westberlin gesagt, die nur von »Ismen« sprachen -, daß der Schriftsteller »sehr viele verschiedene Beziehungen erkunden muß«, beispielsweise zu Bäumen, Tieren, zur Landschaft, zum menschlichen Dasein »in der Menge und in der Einsamkeit«, zu den Frauen, zu Gott – und das Verhältnis zur Macht, zur Regierung sei nur eines davon<sup>9</sup>. Axjonow mokierte sich darüber, wie wetterwendisch Malzew mit der Beurteilung seiner Werke umgegangen sei. Als er, Axionow, noch in Moskau ansässig gewesen sei, habe Malzew ihn in seinem Buch abfällig zu jener »Pseudoliteratur« gerechnet, die »kein denkender sowjetischer Intellektueller ernst nehme«. Nachdem er jedoch ein Emigrant geworden sei, habe sich das Werturteil Malzews schroff geändert<sup>10</sup>. In der Tat wird in einer neueren, ins Deutsche übertragenen Ausgabe von Malzews Buch Axionows noch in Moskau (!) entstandener Roman »Ożog« (deutscher Titel: »Gebrannt«) neben Texten von Pasternak, Maximow, Sinjawski. Solshenizyn und anderen zu denjenigen Werken gerechnet, deren sich »die offizielle Literatur der letzten Jahrzehnte« nicht rühmen könne<sup>11</sup>.

Axjonow plädierte noch entschiedener als Sinjawski dafür, die russische Literatur einzig nach dem Kriterium ihres künstlerischen Wertes zu unterteilen. Sozialistischer Realismus sei für ihn ein »Surrogat«, eine Ersatzliteratur von Vielschreibern. Sobald man sich über diese eine Unterscheidung einig

<sup>7</sup> Ebenda, S. 24f.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>9</sup> Ebenda. S. 129.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>11</sup> Juri Malzew: Freie Russische Literatur 1955-1980. Frankfurt am Main [u. a.] 1981. S. 7f.

sei, könne man in Ruhe darüber diskutieren, wie es innerhalb der einheitlichen russischen Literatur dem einen an Ethik, dem anderen an Künstlertum ermangele<sup>12</sup>. Doch bei der Lektüre von Malzews Text komme ihm manches so vor, als handle es sich um eine Neuauflage von Lenins Prinzip »Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns«<sup>13</sup>.

Der Vorschlag Axjonows, von rein künstlerischen Kriterien auszugehen, wurde von einer ganzen Reihe von Konferenzteilnehmern unterstützt, sowohl von älteren und eher traditionell schreibenden Autoren als auch von den jüngeren Vertretern einer Neoavantgarde. Besonders bei Eduard Limonow, der mit seinem erotisch freizügigen Roman »Eto ja - Edička« (deutscher Titel: »Fuck off, Amerika!«) Aufsehen erregt hatte, fand die von Olga Matich bei den jüngeren Schriftstellern allgemein beobachtete Tendenz zum Ausscheren ins Apolitische<sup>14</sup>, folglich auch die Aversion gegen jede Art ideologischer Frontenbildung und Auftragserteilung ihren deutlichsten Ausdruck: Wenn man als russischer Schriftsteller in Sowjetrußland tätig sei (so Limonows Klage), müsse man »über Arbeiter, über Bergleute« schreiben. Im Westen hingegen habe man sich als Dissident zu bewähren, dort werde von einem erwartet, daß man »über Lager und Repressionen« schreibe. Doch ihn interessiere weder das eine noch das andere. Wörtlich: »Ich schreibe über mich selbst. Und deshalb bin ich völlig allein, und niemand hilft mir [...]«15.

Aus diesen Äußerungen Limonows, wie auch aus den Polemiken Axjonows und Sinjawskis kann man zwei Dinge ableiten. Erstens die Tatsache, daß nicht nur in der Politik, sondern auch in der stark politisierten kulturellen Szene in Ost und West zur Zeit des Kalten Krieges im Prinzip auf gleiche Art, nur mit umgekehrten Vorzeichen, gewertet wurde. Olga Matich sagte in ihrem Referat: »Russische Literatur wird heute vorwiegend wegen ihres politischen Inhalts gelesen, sowohl in der Sowjetunion als auch im Ausland.« Da gerieten dann apolitische Autoren in die Klemme, hier wie dort<sup>16</sup>. Wir fügen hinzu: Es handelte sich in beiden Fällen immer auch um existentielle Fragen. Die emigrierten Autoren hatten ihr Dasein im totalitären System quittiert, doch sie mußten sich nun im anderen auf dem Markt der Literatur durchsetzen und behaupten. Wie sie sich auch zu Kunst und Poli-

<sup>12</sup> The Third Wave: Russian Literature in Emigration. Edited by Olga Matich with Michael Heim. Ann Arbor 1984. S. 33.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>14</sup> Siche ebenda. S. 180ff.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 219.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 182.

tik stellen mochten - hinter allem standen Probleme ihres Selbstverständnisses als Schriftsteller, als Russen in einem fremden Land, standen also Fragen ihrer Legitimation und Selbstbehauptung beim Eintritt in eine völlig neue gesellschaftliche Welt. Daraus entspringt die Analogie zu vielem, was uns heute bewegt: Diese russischen Autoren erfuhren in einer Reihe individueller Anläufe etwas Ähnliches wie das, was einer weitaus größeren Zahl ihrer Berufskollegen ein knappes Jahrzehnt später in Osteuropa widerfahren sollte. Und was die Umkehrung des Vorzeichens betrifft, so geschah dies nun nicht mehr als Folge eines Kulturwechsels im Raum, in der Geographie, sondern in der Zeit. Doch der Effekt der Spiegelung ist im Prinzip der gleiche geblieben: Sowenig die Autoren der dritten Emigration dem Sowjetsystem den Rücken kehren konnten, ohne in die Reflexzone seines Antipoden zu geraten, sowenig sind die postsozialistischen Debatten frei vom kulturellen System, das sie überwinden wollen. Man kann es auch so sagen wie der Moskauer Schriftsteller Ruslan Kirejew kürzlich in einem Beitrag in der »Literaturnaja gaseta«: »die Sowjetliteratur [...] besteht weiter«, nämlich in der »Energie«, die zur »Überwindung« ihrer Traditionen heute aufgebracht wird17.

Ehe wir dazu übergehen, einige Merkmale der Debatten in der dritten Emigration und derer während und nach der Perestroika vergleichend-typologisch zu betrachten, wollen wir einen Blick auf das Bild der Literatur selbst werfen, wie es sich aus heutiger Sicht in seinen wichtigsten Zügen und Strukturen darstellt. Damit soll verdeutlicht werden, mit welchem künstlerischen Potential und mit welchen ideellen Prämissen die russische Literatur in die Phase des tiefgreifenden Kulturwechsels eingetreten ist.

Der vorhin schon erwähnte Hans Günther bemerkt in einer im Vorjahr erschienenen Rezension zu einem Buch über Majakowski, es werde deutlich, »daß es in der totalitären Gesellschaft keine Eigenentwicklung von Literatur gibt, daß die Kultur vielmehr den Spasmen globaler ideologisch-politischer Konstellationswechsel unterworfen ist. Ungeachtet dieser Tatsache kommt aber eine Unifizierung der Kultur nur scheinbar zustande, da jede neue Konstellation auch wieder unvorhergesehene Spielräume oder zumindest Nischen eröffnet«<sup>18</sup>. In einer früheren Arbeit hatte Günther von einem »zyklischen

<sup>17</sup> Ruslan Kircev: Perecitajte »Capacva«! In: »Literaturnaja gazeta«. Moskva vom 22. September 1993.

<sup>18</sup> Hans Günther: [Rezension zu:] Birgit Menzel: V. V. Majakovskij und seine Rezeption in der Sowjetunion 1930-1954. Wiesbaden 1992. In: Wiener Slawistischer Almanach. Band 31. Wien 1993. S. 315.

Wechsel von Verengung und Öffnung des [sozialistisch-realistischen – W. B.] Kanons« als typischer Funktionsweise dieses kulturellen Regulationsmechanismus gesprochen<sup>19</sup>. Er hatte ebendort die Jahre von 1953 bis Ende der 60er Jahre als »Entkanonisierungsphase« bezeichnet, in der bereits eine »fortschreitende Erosion des sozialistischen Realismus« stattgefunden habe. Die »irreversible Öffnungstendenz«<sup>20</sup> habe schließlich in den 70er Jahren zu einem »postkanonischen Zustand« geführt, mit »deutlich wahrnehmbaren Tendenzen einer ideologischen und literarischen Pluralisierung«<sup>21</sup>.

Diese Darstellung entspricht auch meinen eigenen Beobachtungen. In der Tat: Mit der nach Stalins Tod und während der sogenannten »Tauwetter«-Periode einsetzenden Entdogmatisierung und der Öffnung für künstlerische Innovationen erfolgte sozusagen die Rückkehr zum »normalen« Entwicklungsgang der Literatur im 20. Jahrhundert. Zwar unterlag die kulturelle Öffentlichkeit auch jetzt noch - um im Bilde Günthers zu bleiben - den »Spasmen« des Systems, doch die Zuckungen wurden schwächer - und vor allem entzog sich von nun an ein immer größerer Teil der Literatur der kontrollierten Öffentlichkeit, sei es durch »Samisdat« (private, inoffizielle Produktion und Verbreitung von Texten innerhalb der UdSSR) oder »Tamisdat« (Veröffentlichung im Westen)<sup>22</sup> oder einfach durch Verzicht auf Publikation. Der Wandel, der sich hier in den Einstellungen vollzog, deutete sich schon darin an, daß Pasternak die ausländische Publikation des »Doktor Shiwago« noch zurücknehmen und Loyalität zeigen wollte, während Siniawski und Daniel als Vertreter der nachfolgenden Generation mit innerer Selbstverständlichkeit - wenn auch nach außen (notgedrungen) verdeckt - von ihrem künstlerischen Recht Gebrauch machten, ihre Texte zum Druck ins Ausland zu geben.

In dem ganzen hier gemeinten Zeitraum (seit Ende der Stalin-Ära) muß man also davon ausgehen, daß sich die Literaturentwicklung auf zwei Ebenen vollzog. Wir haben früher (in der DDR) nur die eine, die zensierte und offiziell erlaubte, gekannt oder zur Kenntnis genommen und nur hier künstlerische Innovationen registriert. Ohne die zweite, unsichtbare Ebene, die

<sup>19</sup> Hans Günther: Die Lebensphasen eines Kanons – am Beispiel des sozialistischen Realismus. In: Aleida und Jan Assmann (Hrsg.): Kanon und Zensur. Archäologie der literarischen Kommunikation II. München 1987. S. 144.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 145.

<sup>21</sup> Ebenda. S. 147.

<sup>22</sup> Wolfgang Kasack: Lexikon der russischen Literatur des 20. Jahrhunderts. Vom Beginn des Jahrhunderts bis zum Ende der Sowjetära. 2., neu bearb. und wesentlich erw. Aufl. München 1992. Stichworte »Samizdat« (Sp. 1073ff.) und »Tamizdat« (Sp. 1269ff.).

keineswegs zur ersten in »antagonistischem« Gegensatz, sondern in mannigfachen kommunikativen und intertextuellen Beziehungen stand, blieb das Bild der Literatur sehr unvollständig. Und dabei ging es nicht bloß um faktologische Lücken, um fehlende Autoren und Werke, sondern darüber hinaus um Unvollständigkeit hinsichtlich der Strukturen des literarischen Prozesses. Nur im sichtbaren Teil der Literatur, wo der Traditionsbezug zum 19. Jahrhundert sowohl im Rollenverständnis des Schriftstellers als auch in den realistischen Konzepten und Schreibweisen noch dominierte und sich auch alte ideelle Gegensätze reproduzierten (wie der zwischen »Westlern«, etwa Trifonow, Bitow oder Axionow, und »Neoslawophilen«, vor allem Solshenizyn und die Autoren der Dorfprosa) - nur hier ließen sich mit gewohnten Maßstäben »Tendenzen«, größere Gruppierungen von Autoren ausmachen. Im anderen, unsichtbaren Teil der Literatur vollzogen sich hingegen - unter Rückgriff auf die Avantgarde und in gewissem Bezug zur westlichen Postmoderne - ganz andere Entwicklungen, bildeten sich andersartige, kompliziertere Strukturen heraus. Dies war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß sich in diesem Bereich - vor allem bei den zahlreichen jüngeren Autoren - die Aversion gegen jede Art von Kollektivität besonders ausprägte. Während zum Beispiel die jungen Autoren der »Tauwetter«-Periode im »Schwarm« kamen und, geschart um die Zeitschrift »Junost«, die Strömung der »molodaja proza« bildeten, waren die mit dem Generationsbegriff der »Vierzigjährigen« bezeichneten Autoren der 70er und 80er Jahre (Kim, Kirejew, Petruschewskaja und andere) nur für einen Moment als Gruppe beisammen, nämlich an jenem 24. November 1979, als sie auf einer gemeinsamen Veranstaltung im Moskauer Schriftstellerhaus die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machten23. Auch das gehörte zur Rückkehr zur Normalität: die Individualisierung des Literaten-Daseins. Der Schriftstellerverband war ja nur mehr eine tote Hülle ohne wahrhaftes literarisches Leben, von den »Generalen« der Literatur, epigonalen Graphomanen wie Markow, Alexejew, Proskurin, Koshewnikow und Konsorten dazu genutzt, ihren Büchern gewinnbringende Auflagen zu verschaffen. Der Verband war und blieb natürlich vor allem ein Organ der Repression. So begannen sich die Schriftsteller unterhalb der Offizialität zwanglos zu assoziieren - nach Interessenverwandtschaft, Freundschaft, an-

<sup>23</sup> Siehe Dagmar Kassek/Peter Rollberg: Ästhetische Erneuerung. Prosa und Dramatik der »Generation der Vierzigjährigen«. In: Willi Beitz (Hrsg.): Vom »Tauwetter« zur Perestrojka. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren. Bern [u. a.] 1994. S. 317ff.

fangs (noch in den 50er und 60er Jahren) hier und da geschart um einen von ihnen als Mentor verehrten älteren Autor: Pasternak, Achmatowa.

Rückkehr zur Normalität unter solchen Erschwernissen, in solchem unnatürlichen Zwei-Etagen-Dasein der Literatur? Freilich, es war ein mühsamer Weg, auf dem Opfer gebracht wurden. In der quasi »oberen« Etage mußte die Publizität der Texte mit zahllosen Verstümmelungen durch die Zensur erkauft werden, in der »unteren« künstlerische Freiheit mit fehlender oder nur vereinzelter Publizität, mit der ständigen Gefahr von Verfolgung. Und dennoch setzte sich die Normalisierung unaufhaltsam durch. Sie schuf. ehe die Perestroika begann, ein weithin pluralistisches Gefüge der russischen Literatur. Und was die Literatur der dritten Emigration betrifft, so ging sie wie in Los Angeles von mehreren Rednern hervorgehoben wurde - aus eben diesen Pluralisierungs- und ästhetisch-strukturellen Umbildungsprozessen hervor, war Fleisch vom Fleische der Literatur in Rußland selbst. Mit einem Unterschied: Was in Rußland zeitweilig noch dem Auge verborgen blieb, das trat im Exil offen und mit zeitlichem Vorlauf zutage. In Rußland selbst vollzog sich das alles natürlich in viel größeren Maßstäben, viel turbulenter, dramatischer und verwirrender, noch mit Beteiligung der literarischen Mumien aus den Reihen der Sekretäre des Schriftstellerverbands (»Sekretärsliteratur« nannte man dies) bei der Durchsetzung der »glasnost'« in der Perestroika und - in anderer Qualität - danach.

Was Rußland während der Perestroika erlebte, war also nicht nur die schrittweise Öffnung der Archive verstorbener und einst auf den Index gesetzter Autoren, sondern zugleich das Auftauchen jenes in den vorangegangenen anderthalb Jahrzehnten entstandenen lebendig tätigen künstlerischen Potentials. Eine Nachholeleistung also, die erst allmählich in aktuelle künstlerische Neuschöpfungen überging. Mit anderen Worten: Die Perestroika war - wie auf anderen Gebieten auch - nur bedingt eine »Umgestaltung« des Bestehenden. Ihre entscheidende Leistung war die »glasnost'«, die Absage an Repressionen und die zunehmende (halb gewollte, halb erzwungene) Zurücknahme der Zensur. Dadurch entschwand binnen kurzer Zeit die Doppelbödigkeit des literarischen Lebens, wurde der Weg zur vollständigen Normalisierung freigemacht. Erst am Ende dieser Periode, nach dem Augustputsch 1991, gerieten die traditionellen Strukturen, die Rolle der Printmedien, der Schriftstellerverband, die Beziehungen zwischen Literatur und Leser wirklich in die Krise. Die zuvor zwar staatlich bevormundete, doch auch finanziell geförderte Literatur mußte sich nun auf dem Markt (soweit es einen solchen schon gab) und angesichts der akuten existentiellen Nöte der Bevölkerung (der der Sinn nun zumeist nach anderem stand als nach der

Lektüre guter Texte) behaupten. Normalisierung als Krise: Das war – um ein Wort von Dieter Klein aufzugreifen – eine der »großen Ironien«<sup>24</sup> der nun anbrechenden Zeit. Der Kritiker Sergej Tschuprinin – ein aufmerksamer Zeitzeuge – hat bereits im Oktober 1991 die Paradoxa des Umbruchs in einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift: »Normal'nyj chod. Russkaja literatura posle perestrojki«<sup>25</sup> analysiert. Die Debatten und Standpunkte, die diesen krisenhaften Kulturwechsel ankündigten und begleiteten, sollen uns nun im letzten Teil unseres Beitrags in vergleichender Betrachtung beschäftigen.

Ich zitiere nochmals Lotman: »Wenn ein System von Werten und Wahrheiten aufhört, als solches betrachtet zu werden, dann stellt sich Mißtrauen ein gegenüber den Mitteln, die eine Mitteilung zum Text werden ließen und dessen Authentizität und kulturelle Signifikanz bezeugten. «26 Lotman nennt als Beispiel aus der russischen Literaturgeschichte die Auffassung der Gogolzeit, »daß nur Prosa den Anspruch auf Wahrheit haben könne« sowie Fälle aus der Filmgeschichte, »wo die Autorität eines Textes nach seiner »Aufrichtigkeit«, »Einfachheit«, »Nichtfiktionalität«« bemessen wurde<sup>27</sup>. Er nennt diese Tendenz »Entsemiotisierung«<sup>28</sup> – vereinfacht gesagt: Entwertung der Zeichen, mit denen sich eine künstlerische Strömung, eine Epoche oder eine ganze Kultur artikuliert hatte.

Wir haben die ersten Anzeichen dieses Vorgangs erlebt, als die Sinnkrise des alten Systems noch unter dem Breshnew-Regime akut wurde und an literarischen Werken in der allgemeinen Leserrezeption weniger der ästhetische als der außerästhetische Wert geschätzt wurde, nämlich die möglichst glaubhafte Information über gesellschaftliche Zustände und Probleme bzw. die Bestätigung eines entsprechenden Problembewußtseins. Als typisches Beispiel nenne ich die Romane Aitmatows »Der Tag zieht den Jahrhundertweg« und – in noch stärker krisenhafter Situation – »Die Richtstatt«. Viele Leser – auch wir in der DDR – haben damals den künstlerischen Rang dieser Romane überschätzt, weil uns ihr Problemgehalt fesselte.

<sup>24</sup> Dieter Klein: Die großen Ironien. Entwicklungen machen deutlich, daß auch der Kapitalismus ohne Lösung ist. In: »Freitag«. Berlin vom 11. März 1994.

<sup>25</sup> Sergej Čuprinin: Normal'nyj chod. Russkaja literatura posle perestrojki. In: Znamja. Moskva (1991)10. S. 220ff.

<sup>26</sup> Juri M. Lotman: Kunst als Sprache. Untersuchungen zum Zeichencharakter von Literatur und Kunst. Leipzig 1981. S. 42f.

<sup>27</sup> Ebenda. S. 43.

<sup>28</sup> Ebenda.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich der Informationswert von Literatur schnell aufbraucht. Er lebt vom Geist der Umbruchszeiten, wenn aufklärerische Schübe vonnöten sind, die die Defizite des alten Systems (Lotman: Lüge ist die »Kehrseite« der Information²) in der operativ am schnellsten verfügbaren Schicht aufholen müssen, damit die neue Kultur sich etablieren kann. Doch gilt dies nur für die Anfänge des kulturellen Wechsels. Nur in den ersten Jahren der Perestroika waren Werke wie Rybakows »Kinder des Arbat«, waren publizistisch aktive und auch publizistisch schreibende, als Moralisten und Aufklärer auftretende Autoren wie Schatrow, Jewtuschenko, Rasputin gefragt. Danach offenbarte sich bei den meisten von ihnen, ebenso wie bei Aitmatow, die künstlerische Krise.

Das beschriebene Phänomen hatte übrigens im Sinne der Spiegelbildlichkeit im Westen – zeitlich vorgelagert – seine Entsprechung: Solange angesichts der »Lüge« des sich abschottenden Breshnew-Regimes der Informationsbedarf noch stark ausgeprägt war, hatten ästhetisch eher problematische Texte, wie die von Alexander Sinowjew, Konjunktur, während später, als zahlreiche andere Texte das Bedürfnis nach Information gesättigt hatten, strenger nach Sinowjews wirklichen Qualitäten gefragt wurde. Auch die Aitmatow-Rezeption zeigte dort diese Tendenz.

Gegenüber der relativen Kurzlebigkeit der aufklärerisch-informativen Phase ist die allgemeine Sinnkrise mit ihren Entwertungstendenzen von längerer Dauer. Und hier treten verschiedene Phänomene auf, die Lotman auch in ganz anders gearteten Übergangsphasen der russischen Literaturgeschichte beobachtet hat. Er stellt fest: »Das Selbstverständnis der Literatur beginnt mit dem Ausschluß eines bestimmten Typs von Texten.«30 Wenn Lotman dabei auf die in der Puschkinzeit von Belinski, Küchelbecker und auch von Puschkin selbst zeitweilig vertretene Auffassung verweist: »Bei uns gibt es keine Literatur«31, so kommt einem Wiktor Jerofejews Konferenzbeitrag aus dem Jahre 1989 in den Sinn. Er hatte den liquidatorischen Titel »Pominki po sovetskoj literature« (deutsch: »Letztes Geleit für die Sowjetliteratur«), und es heißt dort einleitend, dem Verfasser erscheine die Sowjetliteratur »schon jetzt« wie ein »erkaltender Leichnam«32. Um Zweifel an der Vergleichbarkeit der Beispiele auszuräumen, sei noch ein weiterer Satz Lotmans zitiert, der über die Puschkinzeit hinausweist und auch als Anspielung auf gewisse

<sup>29</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>30</sup> Ebenda. S. 133.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 134.

<sup>32</sup> Wiktor Jerofejew: Letztes Geleit für die Sowjetliteratur. In: Kopfbahnhof. Almanach 2. Das falsche Dasein. Sowjetische Kultur im Umbruch. Leipzig 1990. S. 52.

sowjetische Praktiken verstanden werden kann: »Von analoger Bedeutung war die spätere Behauptung, daß die russische Literatur bis zu einem gewissen Moment [...] keine grundlegende Eigenschaft besessen habe, die allein ihr das Recht gebe, sich Literatur zu nennen, zum Beispiel Volkstümlichkeit [...], Abbildung des Volkslebens [...] und andere.«<sup>33</sup> Unter welchem kulturellen Vorzeichen auch immer – es war jeweils der schroffe Wechsel der Kriterien, der liquidatorische Tendenzen hervorbrachte: Wenn eine vergangene Literatur die der neuen Zeit genehmen »grundlegenden Eigenschaften« nicht besaß, wurde sie allzugern für null und nichtig erklärt...

Unumwunden-liquidatorische Urteile der zitierten Art sind eigentlich nicht so häufig, womöglich sogar die Ausnahme. Die Literaturdebatten sind vielmehr durchdrungen von Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen – vielleicht, weil der Gegenstand selbst heikel ist und eine einfache rechnerische Plus- oder Minusbilanz nicht zuläßt. Doch Literatur, ungeliebte und nicht erwünschte »Texte« im Lotmanschen Sinne können auch auf indirekte Art zum »Verschwinden« gebracht werden. Auch dies hat seine Vorgeschichte im Westen: Auf der mehrfach zitierten Konferenz in Los Angeles beklagte der junge Lyriker Alexej Zwetkow, daß sich westliche Medien hinsichtlich der russischen Literatur nicht für den »Fakt«, sondern nur für das »Ereignis« interessierten. Die Vorladung eines Schriftstellers durch das KGB liefere dankbares Material (das »Ereignis«), hingegen werde der »Fakt« eines neuen Romans kaum zur Kenntnis genommen – es sei denn, der Roman habe den Anlaß zur polizeilichen Vorladung gegeben<sup>34</sup>.

Manche Stimmen in der heutigen russischen Debatte hören sich wie ein Echo dieser Klage an. So äußerte der Kritiker Stanislaw Rassadin (den ich sehr schätze, weil er in seine Erörterungen oft auch – was ich in unserer Situation für unerläßlich halte – das kritische Reflektieren der eigenen Biographic einschließt) kürzlich sein Befremden über die Art, wie manche heutigen Literaten über Leben und Texte ihrer verstorbenen oder lebenden Kollegen herziehen. Rassadin zitiert (und ergänzt aktualisierend) scharf polemische Sätze, die einst Juri Tynjanow, der bedeutende Schriftsteller und ästhetische Denker, geschrieben hat. Da heißt es, an dem Dichter Alexander Blok interessiere neuerdings nicht mehr seine »Kunst«, sondern nur seine »Person«, nicht das »Geheimnis« seiner Dichtung, sondern sein

<sup>33</sup> Juri M. Lotman: Kunst als Sprache. Untersuchungen zum Zeichencharakter von Literatur und Kunst. Leipzig 1981. S. 134.

<sup>34</sup> The Third Wave: Russian Literature in Emigration. Edited by Olga Matich with Michael Heim. Ann Arbor 1984. S. 257.

»Name«, sein »Image« (wie Rassadin unter Anspielung auf Äußerungen seines Zeitgenossen Wladimir Sorokin ergänzt). Einer solchen Interessenlage entsprechend würden sich dann die bedeutenden Autoren wie folgt darstellen: Blok am Schanktisch, Jessenin als Hooligan, Majakowski als Staatsmensch oder als Geliebter der Lilja Brik – »usw. ... usf.«, sagt Rassadin, »bis zu Wyssozki und Jewtuschenko«35 (und ich füge in Klammern hinzu: bis zu Christa Wolf als IM).

Ich ergänze die Erörterung dieses Themas noch durch ein weiteres, überzeugendes Beispiel. Der 1935 im damaligen Leningrad geborene Lyriker Jewgeni Rejn wurde neulich in einem Interview gefragt, wie er es empfinde, daß man ihn nicht so sehr seiner eigenen Verse wegen als wegen seiner Freundschaft zum einst verfolgten und dann in der Emigration mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Dichter Brodsky kenne und schätze. Rejns Antwort: »Ja, meinen Namen bringt man mit Brodsky in Verbindung, mit der Teilnahme am Almanach >Metropol< sowie damit, daß man mich viele Jahre nicht gedruckt hat, daß mein Buch 16 Jahre lang nicht erscheinen konnte. Doch das alles interessiert mich heute gar nicht mehr [...] Ich warte auf eine Reaktion auf meine Verse [...] Doch Verse werden offenbar nicht gebraucht. Gebraucht wird das Image, die Legende, die zur Poesie keinerlei Beziehung haben.«<sup>36</sup>

Wir sehen: Ob es sich nun um ein Opfer früherer Verhältnisse handelt oder um jemand, den man unter dem Vorwurf der Kollaboration aus der Literatur eliminieren möchte – die Zeit des Kulturwechsels und der allgemeinen Sinn- und Wertekrise ist gekennzeichnet durch einen unguten Reduktionismus, der dazu führt, daß – um noch eine Stimme aus der Diskussion zu zitieren – der »Kontext [...] wichtiger ist als der künstlerische Text«<sup>37</sup>, daß die reale Geschichte der Literatur verschwindet, damit aber überhaupt – ein Stück Realität! Ich habe auch hier an Christa Wolf denken müssen, mir fiel jene Stelle aus ihrer Dresdener Rede (Februar 1994) ein, wo sie von dem unheimlichen Gefühl spricht, »ausgewechselt zu werden gegen eine andere Person, die in die Medien paßte, und dort, wo ich veigentlich war, eine Leer-

<sup>35</sup> Stanislav Rassadin: Žizn' bez sud'by vybiraet poėzija, stesnjajas' vysokogo. In: »Literaturnaja gazeta«. Moskva vom 20. Oktober 1993.

<sup>36</sup> Toska na kolesach. Evgenij Rejn v besede s Efimom Beršinym. In: »Literaturnaja gazeta«. Moskva vom 7. Juli 1993.

<sup>37</sup> A. Zeverev [im Rundtischgespräch]: XX vek kak literaturnaja epocha. In: »Voprosy literaturv«. Moskva (1993) Vypusk II. S. 20.

stelle entstehen zu sehen. Da wurde mir unheimlich [...] Unheimlich vor dem Verschwinden von Realität«38.

Die Tatsache, daß die Personen, um die es in diesem Problemzusammenhang geht, daß Zeit und Ort der Beispiele austauschbar sind, deutet darauf hin, daß es zu kurz greifen würde, wenn wir lediglich eine politisch motivierte Kampagne gegen diesen oder jenen Autor als Ursache vermuten würden. Zweifellos spielt der dominierende politische Diskurs eine erhebliche Rolle. Doch die Gründe liegen offenbar tiefer im Charakter des System- und Kulturwechsels begründet und müssen daher in notwendigen Auseinandersetzungen geschichtlich ausgetragen werden.

Auf Reduktionismus läuft letztlich auch ein anderes Verfahren hinaus. bei dem darauf insistiert wird, daß die Literatur die »ganze Wahrheit« über gesellschaftliche Zustände enthalten müsse, wenn sie als vollwertig angesehen werden solle. Wir haben eingangs gehört, was Sinjawski und Axjonow darüber denken. Hören wir noch, was ein anderer Emigrant, der namhafte Literaturwissenschaftler Jefim Etkind, zu diesem Thema zu sagen hat. In seinem Vorwort zu einem Buch des Kritikers Swirski betont er, daß dieser zu Recht gegen die These Solshenizyns polemisiere, ohne die »ganze Wahrheit« gebe es keine Literatur. Einen ähnlichen effektvollen Maximalismus habe es bereits in der ersten russischen Emigration gegeben. Doch sei Solshenizyns These etwa auf die goldene Ära russischer Poesie im 19. Jahrhundert anwendbar? Das wichtigste Ereignis der Epoche, der Dekabristenaufstand, habe in den bedeutendsten Romanen, Poemen und Dramen keine Darstellung gefunden. Und wer habe in der Dichtung der Puschkinzeit etwas über das Leben der Leibeigenen finden können? Oder hätten die französischen Schriftsteller unter Napoleon III. etwa die »ganze Wahrheit« gesagt? Und dennoch gebe es hier eine große Literatur. Daher sei der zitierte Satz Solshenizyns aus dem »Archipel GULag« nur eine »rhetorische Phrase«39.

Wir wollen noch einmal Lotman zu Rate ziehen. Auch er formuliert einmal apodiktisch: »Das Ziel der Kunst ist die Wahrheit«, doch er setzt hinzu: »ausgedrückt in einer Sprache bedingter Regeln«<sup>40</sup>. Sobald es kon-

<sup>38</sup> Christa Wolf: Rede vom Auslöffeln. Zur Sache: Deutschland. In. »Wochenpost«. Berlin vom 3. März 1994. (Beilage »Wochenpost Extra«).

<sup>39</sup> Efim Étkind: Iskusstvo soprotivlenija. In: Grigorij Svirskij: Na lobnom meste. Literatura nravstvennogo soprotivlenija (1946 – 1976 gg.). London 1979. S. 10ff.

<sup>40</sup> Juri M. Lotman: Kunst als Sprache. Untersuchungen zum Zeichencharakter von Literatur und Kunst. Leipzig 1981. S. 84.

kret wird, setzt er denn auch den höchst diffizilen Charakter des Wahrheitsproblems in der Kunst auseinander. Besondere Bedeutung aber kommt in unserem Zusammenhang seiner Feststellung zu, die er über Kunstwerke als »Spielmodelle« (im Unterschied zu »logisch-wissenschaftlichen Modellen«) macht. Da heißt es: »Ein Spielmodell wird in bezug auf ein ihm homomorphes logisches Modell nicht etwa als im Gegensatz »wahr« – »falsch« stehend aufgefaßt, sondern eher in der Gegenüberstellung von »reicherer« und »ärmerer« Widerspiegelung des Lebens, wobei beide Formen als wahr gelten.«<sup>41</sup>

Als produktiver methodologischer Impuls zur heute notwendigen Neusichtung der Literaturgeschichte könnte darüber hinaus eine andere Bemerkung Lotmans aufgenommen werden, die ich hier noch anfügen will. Da erörtert er die »hohe Beständigkeit künstlerischer Modelle«<sup>42</sup> und macht darauf aufmerksam, daß diese Modelle, ähnlich wie biologische Systeme, im Laufe der Zeit »die Menge der in ihnen enthaltenen Informationen« vergrößern können. Das hängt von der subjektiven Situation und vom Vermögen des Rezipienten ab: »Sie [also die Kunstwerke – W. B.] liefern dem Rezipienten gerade die Information, die er benötigt und die aufzunehmen er in der Lage ist.« Dies wird von Lotman als ein wechselseitiger Prozeß beschrieben: Er spricht von »Anverwandlung« des Kunstwerks an den Rezipienten und zugleich von »Anverwandlung« des Rezipienten an das Kunstwerk, »das ihn auf Aneignung des noch nicht aufgenommenen Teils der Information vorbereitet«<sup>43</sup>.

Könnte sich aus diesen Gedanken nicht ein positives Programm eines literaturgeschichtlichen Neuansatzes ergeben? Nämlich die Aufgabe, die Literatur nach den früher von uns nicht bemerkten, weil vielleicht nicht benötigten Gehalten zu durchforschen, statt uns auf das unfruchtbare Hick-Hack von »Wahrheit« – »Unwahrheit«, »Wert« und »Unwert« etc. einzulassen? Die Literatur an der Stimmigkeit ihrer künstlerischen Weltmodelle und Lebensmodelle zu messen, die, wo Tiefe erreicht wurde, weit über jene politischen Vordergründigkeiten hinaustragen, auf die sich manche jetzt kaprizieren. Wenn ich einen von mir nach wie vor sehr geschätzten Autor wie Juri Trifonow nehme, den heute auch bisweilen das Verdikt der »halben Wahrheiten« trifft, dann möchte ich behaupten, daß er, beginnend mit sei-

<sup>41</sup> Ebenda, S. 75.

<sup>42</sup> Ebenda. S. 85.

<sup>43</sup> Ebenda. S. 87.

nen Moskauer Novellen, nicht nur mit der Aufwertung des Alltags zur Brechung eines Tabus beigetragen, sondern sich auch in seiner Auffassung von der Geschichte und von menschlicher Existenz deutlich von herrschenden Vorstellungen abgesetzt hat. Im Sinn seiner Geschichten, in seiner künstlerischen Bildsprache steckt vieles, was wir jetzt erst zu entdecken vermögen. Womöglich ist dies der Punkt, von dem aus wir weiterkommen: die Arbeit an unserer eigenen Sehweise, unseren Vorstellungen und Begriffen, die erneute »Anverwandlung« an die Literatur. Daraus könnten neue Kräfte für die schwierigen Debatten unserer Zeit erwachsen.

#### Zu den Autoren dieses Heftes

Doz. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier, geboren 1937, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Nach dem Studium der Philosophie und Soziologie, der Promotion und Habilitation arbeitete er bis 1981 am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Seine Lehr- und Forschungsgebiete an der Leipziger Universität sind Kultursoziologie (Geschichte, Theorien, Methoden) und Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Er ist Präsident der Gesellschaft für Kultursoziologie und Herausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«. In jüngster Zeit veröffentlichte er »Zeitbrüche im Osten«. Wiesbaden 1994 (mit Balint Balla) und »Zur Soziologie des Postkommunismus«. Münster, Hamburg 1994.

Prof. Dr. phil. habil. Lutz-Dieter Behrendt, geboren 1941 in Salzwedel. studierte von 1959 bis 1963 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Slawistik und Geschichte. Nach seiner Tätigkeit als Lehrer für Geschichte und Russisch in Kleinwanzleben, Börde, promovierte er 1969 an der Karl-Marx-Universität Leipzig über die Stellung der SPD zur Sowietunion in den Jahren 1945 bis 1968. Nach längeren Studienaufenthalten an der Lomonossow-Universität Moskau sowie in Leningrad und Kiew habilitierte er sich 1977 in Leipzig mit einer Arbeit über »Die internationalen Beziehungen der sowjetischen Historiker 1917 bis Mitte der 30er Jahre«. 1977 wurde er zum Dozenten für das Fachgebiet Geschichte der UdSSR, 1986 zum außerordentlichen Professor berufen. Nach der Abwicklung seines Wissenschaftsgebietes an der Leipziger Universität arbeitet er seit 1992 in der Sektion Osteuropaforschung der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig mit. Herr Behrendt veröffentlichte Arbeiten zur Geschichte der sowietischen Geschichtswissenschaft, zur russischen und sowietischen Geschichte seit 1900 und zu den Nationalitätenproblemen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Prof. Dr. sc. phil. Willi Beitz, geboren 1930 in Gottberg, Kreis Pyritz, studierte Slawistik und Germanistik an der Universität Greifswald. Er promovierte (1957) und habilitierte sich (1964) mit Arbeiten über moderne russische Literatur. Während der Tätigkeit als Direktor des Instituts für Slawistik der Hallenser Universität (1962–1969) wurde er 1965 zum Dozenten, 1966 zum Professor für Geschichte der russischen und sowjetischen Literatur berufen. Nach seiner Berufung an die Leipziger Universität (1969) war Herr Beitz hier bis 1992 am Fachbereich Slawische Literaturen tätig. Er war 1986–1991 Vizepräsident der Internationalen Assoziation der Lehrkräfte für russische Sprache und Literatur (MAPRJaL) und Vorsitzender des zugeordneten Nationalkomitees der DDR. Herr Beitz war federführend an Literaturgeschichten zu Literaturen der UdSSR beteiligt. Er ist Herausgeber und Mitautor des Buches »Vom »Tauwetter« zur Perestroika. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren« (1994).

# Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

#### »Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. - Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. - Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. - Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. - Erste Pressercsonanz. S. 25-28. - Heft 2. Leipzig 1991. 35 S. [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. - Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. - Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. - Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] - Heft 3. Leipzig 1991. 33 S. [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. - Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. - Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] - Heft 4. Leipzig 1991. 34 S. [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. - Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. - Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerseindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern, S. 20 bis 31. - Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] - Heft 5. Leipzig 1991. 45 S. [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. - Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg - jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. - Informationen des Vorstandes. S. 45.] - Heft 6. Leipzig 1992. 47 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. - Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46.] - Heft 7. Leipzig 1992. 54 S. [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Hejmat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. - Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. - Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn, S. 51-52.] - Heft 8. Leipzig 1992. 24 S. [Enthält: Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künstigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.]- Heft 9. Leipzig 1993. 52 S. [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. - Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. - Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. - Faksimiles. S. 17-36. - Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. - Personalia. S. 41-47. - Chronik September 1992 bis Marz 1993. S. 47-51.] - Heft 10. Leipzig 1993. 68 S. [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav

Seeber 23. August 1933-16. Juni 1992. - Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. - Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7-11. - Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11 bis 13. - In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13-14. - Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15-16. - Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17-39. - Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41-55.] - Heft 11. Leipzig 1993. 48 S. [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] -Heft 12. Leipzig 1993. 82 S. [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling, Leben und politisches Wirken.] - Heft 13. Leipzig 1993, 54 S. [Enthält: Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5. - Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7-14.- Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15 bis 26. - Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 - Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27 bis 40. - Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe - großzügige Ansätze - repressive Maßnahmen, Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41-48. - Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen »Chinese Wall«. Die DDR im Zwielicht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49-50. - Personalia. S. 51-52.] - Heft 14. Leipzig 1993. 66 S. [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. - Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5-14. -Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15-20. -Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21-28. - Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29-40. - Volker Külow: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41 bis 43. - Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« - ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45 bis 50. - Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51 bis 52. - Personalia. S. 53-61.] - Heft 15. Leipzig 1994, 79 S. [Enthält: Heinrich Gemkow: Grußwort, S. 5-7. - Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band 1/20 der MEGA, S. 9-26. - Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27-42. -Volker Külow: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43-60. - Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61 bis 62. - Personalia. S. 63-64. - Ausstellung handgeschöpfter Papiere von Kristina Rossmanit im Domizil des Rosa-Luxemburg-Vereins. S. 64-68. - Chronik April bis Dezember 1993. S. 65 bis 70.]

#### »Texte zur Literatur«

Heft 1. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielicht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7-32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33-48. – Günter Mieth: Ein Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49-65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pfleg-

sohn. Texte und Dokumente 1806-1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 67-68.]

#### »Texte zur politischen Bildung«

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) - Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. - Heft 3: Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. - Heft 4: Barbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden, Leipzig 1993. 44 S. - Heft 5: Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. - Heft 6: Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. - Heft 7: Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt Leipzig 1993. 50 S. - Heft 8: Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war - was ist - was wird sein? S. 5 bis 38. - Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39-52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53 bis 55.] – Heft 9: Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern - Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. - Heft 10: Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen, Leipzig 1994. 55 S. - Heft 11: Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto, S. 5-15. - Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17-58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verfasser auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] - Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59-61.] - Heft 12: Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. - Heft 13: Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949-1990). Leipzig 1994. 92 S. - Heft 14: Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. - Heft 15: Sarkis Latchinian: »Maastricht« Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994, 47 S. - Heft 16: Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Patzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit, S. 5-6. - Gustav Sceber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7-16. - Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17-23. - Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden, S. 25 bis 30. - Kurt Pātzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannseekonferenz am 20, Januar 1942. S. 31-50. - Helmut Eschwege: Zur Deportation al...

ter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen « 1942-1945, S. 51-73, – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rol-Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ara in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S.

11 77 ....

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7-8. - Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission S. 9-18. - Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« - Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19-28. - Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 - auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29-39. - Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41-48. - Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49-67. - Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht - Kritische Anmerkungen, S. 69-75. - Jörn Schütrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77-80. - Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81-98. - Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«, Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99-121. - Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123-147. - Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149-161. - Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163-168. - Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. - Inhaltsverzeichnis für die Bände I-V. S. 171-177.]

# Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V.

## »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1992. 64 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Kultursoziologie? Ansätze einer Gegenstandsbestimmung. S. 13-22. - Hans-Joachim Klein: Empirische Kulturforschung als Perspektive einer Kultursoziologie in den neuen Bundesländern. S. 23-35. -Eveline Luutz: Kultursoziologische Ausgangspositionen zur Untersuchung des kulturellen Umbruchs in Ostdeutschland. Ein Diskussionsangebot. S. 36-42. - Helmut Soult: Soziokultur als Gegenstand kultursoziologischer Forschung, S. 43-48. – Michael Blumc/Heide Abert: Kulturell-künstlerische Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche. S. 49-56.] - Heft 2. Leipzig 1992. 72 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Methodologisches und Methodisches in der kultursoziologischen Forschung. S. 4-14. - Ronald Hitzler/Anne Honer: Hermeneutik als kultursoziologische Alternative. S. 15-23. - Helmut Soult: Kulturarbeiter in den neuen Bundesländem. Arbeitsthesen und Methoden. S. 24-33. - Eveline Luutz: Das narrative Interview und seine Potenzen für die Analyse biographischer Krisen. S. 34-37. - Beate Völker/Kurt Mühler/ Henk Flap: Netzwerkanalyse: mehr als eine Methode. S. 38 bis 50.] - Heft 3. Leipzig 1992. 104 S. [Enthält u. a. Bernd Lindner: Kulturelle Dimensionen biographischer Wenden: Leipzig - Herbst 89. S. 4-20. - Uta Starke: Wertorientierungen und Verhaltensregeln Jugendlicher in Leipzig und Görlitz. S. 21-30. - Ulrike Six: Jugendliche und Sekten in den neuen Bundesländern. S. 31 bis 44. - Heinz Ulrich: Zwischen Anpassung und Autonomie. S. 45 bis 57. -Heinz Schauer: Umweltbewußtsein bei Studenten in Ostdeutschland - Erbe und Gegenwärtiges. S. 58-68. - Uwe Hartung/Catherina Schmidt: Wandel der Berufs- und Familienorientierung in den Lebensentwürfen Jugendlicher. S. 69-77. – Alice Kahl/Sigrun Kabisch: Identifikationsprobleme mit Wohnort und Neubauwohngebiet. S. 78-86.] - Heft 4. Leipzig 1992. 104 S. [Enthält u. a. Ute Karig/Hans-Jörg Stiehler: Neue Normalitäten? S. 4-16. - Wera Ulrich: Berlin - die Stadt, in der ich lebe. S. 17-26. - Uwe Hartung/Catherina Schmidt: Veränderungen des Kinderwunsches von 1989 bis 1992. S. 27-33. - Cornelia Lang: Lebenswelt Jugendlicher - Wertorientierungen, Zukunftserwartungen und Subkulturen. S. 34-40. -Walter Friedrich: Zu politischen Grundpositionen junger Menschen in Ostdeutschland, S. 41 bis 53. - Leonhard Kasek: Soziale Ängste und Umweltbewußtsein. S. 54-63. - Wolfgang Geier: Menschen im Zeitbruch. S. 64-73. - Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74-79.] - 2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4-22. - Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23 bis 33. - Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34-52. - Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53-64. - Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum. S. 65-77. - Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78-87. - Peter Alheit: Strukturprobleme »kultureller Wiedervereinigung«. S. 88-109. - Balint Balla: Postkommunismus. S. 110-126. - Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126 bis 133. - Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem zweiten Welt-

krieg. S. 133-143.] - Heft 2. Leipzig 1993. 128 S. [Enthält u. a. Brunhilde Windoffer: Die Verwaltungsgemeinschaft Eilenburg-West. S. 4-9. - Eveline Luutz: Kulturelle Wandlungen in den Denk- und Verhaltensmustern von Landfrauen. S. 13-24. - Bernd Bahr: Frauenarbeitslosigkeit in ländlichen Gemeinden des Kreises Eilenburg - Objektive Lage und subjektive Befindlichkeit. S. 25-32. - Angela Bohrmann/Gustel Koch: Zur Bewertung der persönlichen Lebenssituation: Ausgewählte Aspekte. S. 33-44. - Beate Seyfarth: Frauen in Arbeitslosigkeit und Vorruhestand in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands. S. 45-50. - Kurt Krambach/Jörg Müller: Situation und Befindlichkeit ehemaliger Genossenschaftsbauern in den neuen Bundesländern. S. 51-62. - Hans-Karsten Weiberg: Dorfentwicklung im Oderbruch - Baustein CLIK. S. 63-72. - Brunhilde Scheuringer: Das Dorf im Spannungsfeld sozialen Wandels. S. 73-92. - Wolfgang Rose: Zwischen Agrarromantik und Sozialreform. S. 93-103.] - Heft 3. Leipzig 1993. 128 S. [Enthalt u. a. John R. Eidson: Vereinstätigkeit als soziales Handeln. S. 4-17. - Sigurd Agricola: Vereine als Vorsorge-Lösung und alltagskulturelle Tradition. S. 18-29. - Joachim Schlesinger: Vereine zwischen Tradition und Neuanfang. S. 30-48. - Walter Hildebrandt: Struktur und Leistung des Leuchtenburgkreises in der Sicht und Sprache der heutigen Soziologie. S. 49-59. - Horst R. Rein: »Bio Top Kümmelschränke c. V.« in Dresden-Omsewitz - ein erfolgreiches sozio-kulturelles Projekt von unten. S. 60-67. - Günter Cremer: Live to Ride, Ride to live: das Rockertum, eine zeitlose Subkultur? S. 68-74. - Wolfgang Geier: Zur Diskussion: Kultursoziologic. S. 75-92. - Eveline Luutz: Westdeutsche Befindlichkeiten im Prozeß der deutschen Einheit. S. 93-117.] - Heft 4. Leipzig 1993. 112 S. [Enthält u. a. Friedrich Tenbruck; Gesellschaft - Soziologie - Kultur, S. 4-14. - Mohammed Rassem: Zum historischen Hintergrund der Kultursoziologie. S. 15-22. - Wolfgang Geier: Zur Entstehung der Kulturwissenschaften an der Leipziger Universität zwischen 1875 und 1925. S. 23-38. - Dick Howard: Zweihundert Jahre Irrtum: Politik der Demokratie, S. 39-49. - Susanne Vill: Spiel mit dem Fremden, S. 50-60. - Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61-66. - Uta Kösser: Zur Paradoxie gegenwärtiger Identitätsverunsicherungen. S. 67-79. – Ernst Plaum: Nationale Identität - Selbstverständlichkeit oder Anachronismus. S. 79-96.] - 3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5-19. - Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20-42. - Karlheinz Mack: Nationalismus - Nationalitäten - Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43-59. - Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60-75.] - Heft 2. Leipzig 1994. 79 S. [Enthält u. a. Uta Kösser: Der OSSI und der WESSI? - Der Deutsche -. S. 4-20. - Joachim Schlesinger: Die Logen der Freimaurer in Leipzig - historische Aspekte eines kultursoziologischen Forschungsprojektes. S. 21-35. - Stefan Bednarck: Perspektiven des niederschlesischen Regionalismus. S. 36-52. - Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53-62.] - Heft 3. Leipzig 1994, 80 S. [Enthält u. a. Joachim Schlesinger: Wieviel Kultur braucht eine Stadt? (1), S. 5 bis 27. - Manfred Gabriel/Wolfgang Rose: Im Schatten Mozarts. Eine Studie zum Salzburger Kaiviertel. S. 28-43. - Birgit Brandner: Kulturerlebnis Stadt. S. 44-60. - Brunhilde Scheuringer: Zum Verhältnis von Studium und Arbeit. S. 61-74.] - Heft 4. Leipzig 1994. 80 S. [Enthalt u. a. Wolfgang Geier: Voluntary Associations. S. 5-15. - Joachim Schlesinger: Wieviel Kultur braucht eine Stadt? (II). S. 17-30. - John R. Eidson: The Ethnographic Study of Club Life in a Rhenish Community - A Methodological Retrospective. S. 31-46. - Jürgen Straub: Kultureller Wandel als konstruktive Transformation des kollektiven Gedächtnisses. S. 47-61. – Ernst Plaum: Voraussetzungen, Fragen und Probleme einer Psychologie des interkulturellen Verstehens und Handelns. S. 61-74.] – Heft 5. Leipzig 1994. 76 S. [Enthält u. a. Marcel Dobberstein: Schen oder Hören? Ein Auge für ein Ohr und ein Ohr für ein Auge. Vom Weg der Mediengesellschaft ins \*globale Dorf\*. S. 5 bis 15. – Reinhard Bachleitner: Zur kulturellen Aneignung der Natur durch das Sportsystem. Anmerkungen zur kulturökologischen Überformung der Natur/Landschaft durch Sport. S. 17 bis 37. – Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38-59.]

# Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie

5. Mai 1992	Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Ursachen nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Osteuropa. – Siehe Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik. In: »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«. Leipzig 1(1992)4. S. 89-93.
19. Juni 1992	Dr. Wolfgang Geier (Leipzig): Deutsche Sichtweisen auf nationale Konflikte in Osteuropa – Argumente oder Ignoranz. – Siehe ebenda.
30. Oktober 1992	Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt (Leipzig): Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjet- union – Ursachen und Wirkungen. – Siehe Polina Giaourowa: Gründung einer wissenschaftlichen Fach- sektion. In: ebenda. 2(1993)1. S. 143-146.
20. November 1992	
22. Januar 1993	Prof. Dr. Michael Laschke (Berlin): Industrialisierungs- und Transformationsprozesse in Osteuropa.  – Siehe ebenda.
19. Februar 1993	Dr. Erhard Crome (Potsdam): Methodologische Aspekte vergleichender Osteuropaforschung.  - Siehe ebenda.
19. März 1993	Dr. György Fehèri (Budapest): Zur Demokratieauffassung bei Georg Lukács. – Siehe Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia zu aktuellen und historischen Aspekten der Entwicklung in dieser Region. In: ebenda. 2(1993)4. S. 105 bis 111.
16. April 1993	Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt (Leipzig): Das Problem der Rußlanddeutschen von 1917 bis zur Gegenwart. – Siehe ebenda. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. In: ebenda. 3(1994)1. S. 60-75.

- 14. Mai 1993

  Dr. Joachim Franzke (Potsdam): Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Siehe Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia zu aktuellen und historischen Aspekten der Entwicklung in dieser Region. In: »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«. Leipzig 2(1993)4. S. 105-111.
- 24. September 1993 Dr. Dietmar Endler (Leipzig): Südslawische Literaturen im Spannungsfeld von nationaler Identitätssuche und zwischennationalen Gemeinsamkeiten. Legende und Realität. Siehe ebenda.
- 22. Oktober 1993 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Nochmals zum jugoslawischen Konflikt. Die mazedonische Frage Siehe ebenda.
- 19. November 1993 Dr. Wolfgang Geier (Leipzig): Neue Ideologien in Rußland. Siehe ebenda.
- Dezember 1993 Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt (Leipzig): Zu den Transformationsprozessen im Baltikum. – Siehe Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. In: ebenda. 3(1993)1. S. 76-79.
- 21. Januar 1994 Prof. Dr. Hilmar Walter (Leipzig): Sprachgeschichtliche Entwicklungsprobleme bei den Südslawen aus aktueller Sicht. Siehe ebenda.
- 18. Februar 1994 Dr. Rolf Göbner (Greifswald): Politische Programme und Parteien in der Ukraine. Siehe ebenda.
- 18. März 1994 Dr. Cornelia Domaschke und Dr. Birgit Schliewenz (Berlin): Zum gegenwärtigen Wandel des politischen Systems in ausgewählten Balkanländern.
- 27. Mai 1994 Prof. Dr. Eckart Mehls (Berlin): Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers.
- 23. September 1994 Prof. Dr. Bernd Koenitz (Leipzig): »Wir sind ein kleines Volk«. Zu Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen.
- 18. November 1994 Prof. Dr. Erwin Lewin (Berlin): Albanische Identitätssuche gestern und heute.
- 16. Dezember 1994 Dr. Wolfgang Geier (Leipzig): Indikatoren der komparativen Analyse sozialer und kultureller Situationen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa.

# Für das Jahr 1995 sind im »Leipziger Gesprächskreis Osteuropa« folgende Kolloquia vorgesehen:

20. Januar 1995	Prof. Dr. Sarkis Latchinian (Leipzig): Zum Karabach-
	Konflikt. Ursachen und Aussichten.
17. Februar 1995	Prof. Dr. Helga Watzin-Heerdegen (Leipzig): Der
	deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt in historischer
	Bewertung.
17. März 1995	Prof. Dr. Karl Drechsler (Berlin): Der kalte Krieg und
	sein Ende. Aktuelle Debatten in den USA.
21. April 1995	Dr. Olaf Kirchner (Leipzig): Die Neugruppierung der
	politischen Kräfte in Rußland.
19. Mai 1995	Prof. Dr. Eva Seeber (Leipzig): Das Verhältnis der
	Westmächte und der Sowjetunion zu Polen und der
	Tschechoslowakei.
16. Juni 1995	Die Visegrad-Staaten auf dem Weg in die Europäische
10. 34.11 1775	Union (n. n.).
22 September 1005	Wirtschaftliche Transformationsprozesse in Ost- und
22. September 1995	Ostmitteleuropa im Vergleich (n. n.).
20. Oktober 1995	Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Bulgarisches
20. Oktober 1993	Nationsverständnis und nationale Politik im 19./20.
17	Jahrhundert.
17. November 1995	Britta Böhme (Leipzig): Zur sozial- und kulturge-
	schichtlichen Identität der Ukraine.
15. Dezember 1995	Prof. Dr. Walter Poeggel (Günthersdorf): Völkerrecht-
	liche Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und
	der Tschechoslowakei seit 1991/1992.